



AUF DEM WEG NACH BERLIN: Bundesparteitag 22./23. April in Köln

DEM DEUTSCHEN VOLKE



Klima-Energie-Konferenz der AfD 12



Extremismus-Kongress der AfD-Fraktionen 13

Auf dieses Gerichtsurteil ein Kölsch!

Kölns Oberbürgermeisterin Reker hatte sich Anfang Februar 2017 ablehnend zum Bundesparteitag der AfD in Köln geäußert und Gegnern der Veranstaltung ihre Unterstützung ausgesprochen. Daraufhin hatte die AfD die Stadt Köln wegen Verstoßes gegen die staatliche Neutralitätspflicht abgemahnt. Die Stadt Köln, vertreten durch die Oberbürgermeisterin Reker, weigerte sich jedoch, eine strafbewehrte Unterlassungserklärung abzugeben. Aus diesem Grund hatte die AfD am 17.02.2017 einen Verbotsantrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung beim Verwaltungsgericht Köln eingereicht.

In seinem Beschluss am 13. März 2017 stellte das Verwaltungsgericht Köln fest, dass die Äußerung nach Angabe Rekers „unter Einsatz personeller und sachlicher städtischer Ressourcen gefertigt und verbreitet“ wurde. Bei einer solchen Nutzung staatlicher Mittel durch Reker gelte das staatliche Neutralitätsgebot, da staatliche Mittel nur für das Gemeinwohl und nicht für parteiergreifende Stellungnahmen zulasten anderer Parteien verwendet



werden dürfen. „Vor diesem Hintergrund und in dem sich daraus ergebenden Umfang dürfte die angegriffene Verbreitung des genannten Statements unzulässig gewesen sein,“ so das Verwaltungsgericht.

Das für Rechtsfragen zuständige AfD-Bundesvorstandsmitglied **Julian Flak** freut sich über diesen Beschluss: „Wir erwarten angesichts unseres Bundesparteitags in Köln ein diskriminierungsfreies Verhalten der Stadt Köln und ihrer Vertreter.“ Der Kölner AfD-Ratsherr **Roger Beckamp** führte dazu aus: „Es wäre wünschenswert, wenn sich die Stadt

Köln, vertreten durch die Oberbürgermeisterin Reker, wieder auf ihre eigentliche Aufgabe besinnt – nämlich eine Vertretung aller Bürgerinnen und Bürger ohne jede Diskriminierung zu sein.“

Diesem Wunsch schließt sich die Redaktion der „AfD Kompakt“ an und hofft, dass der AfD-Bundesparteitag am 22./23. April 2017 in Köln ohne jegliche Diffamierung oder Behinderung der Teilnehmer, Gäste und Helfer durchgeführt werden kann.



Liebe Mitglieder, Förderer und Freunde der Alternative für Deutschland,

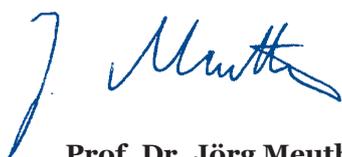
vor Ihnen liegt die erste Ausgabe der vollständig erneuerten „AfD Kompakt“, die mit April 2017 beginnend ab sofort monatlich als gedruckte Ergänzung zum mittlerweile fest etablierten Mitgliederportal www.afd-kompakt.de erscheinen wird.

Neu sind zum Beispiel die 16 Seiten „Nachrichten aus den Bundesländern“, in denen sich aktuelle Informationen aus unseren Landesverbänden bzw. Landtagsfraktionen finden. Darin spiegelt sich die breite thematische Vielfalt wider, welche die AfD als erfolgreich wachsende Volkspartei mit mittlerweile annähernd 28.000 Mitgliedern und Förderern auszeichnet.

Ausdruck dessen ist auch der Leitartikel zum Bundesparteitag am 22./23. April 2017, der als Grundlage für unser in Köln zu beschließendes Bundestagswahlprogramm dient. Als wichtigste und bei vielen Themen einzige konsequente Oppositionspartei in Deutschland kommt es für uns wesentlich darauf an, mit sachlich und fachlich ausreichend fundierter Kritik den Bürgern lösungsorientierte Alternativen anzubieten.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen viel Freude bei der Lektüre dieser „AfD Kompakt“.

Ihre Bundessprecher der Alternative für Deutschland.



Prof. Dr. Jörg Meuthen



Dr. Frauke Petry



Inhalt

Bundesvorstand	2
Mitgliederbefragung	4
Bundesprogrammkommission	6
Bundeskongress	8
Kampa-Team Bundestagswahl	9
Kampagne Frühsexualisierung	10
Kampagne Rundfunkbeitrag	11
Klima-Energie-Konferenz	12
Extremismus-Kongress	13
Baden-Württemberg	14
Bayern	15
Berlin.....	16
Brandenburg	17
Bremen	18
Hamburg	19
Hessen.....	20
Mecklenburg-Vorpommern....	21
Niedersachsen	22
Nordrhein-Westfalen	23
Rheinland-Pfalz	24
Saarland.....	25
Sachsen.....	26
Sachsen-Anhalt	27
Schleswig-Holstein.....	28
Thüringen.....	29
Bundesgeschäftsstelle.....	30
Adressen Landesverbände und Fraktionen.....	31
Mitmachen	32

Ergebnisse der Mitgliederbefragung zum Bundestagswahlprogramm 2017

Die Mitgliederbefragung wurde über ein Onlineportal vom 16. bis zum 23. Februar 2017 durchgeführt. 23.445 Einladungen zur Umfrage konnten erfolgreich per E-Mail zugestellt werden. Von diesen nahmen wiederum 6.385 Mitglieder teil, was einer Quote von 27,2 % entspricht.

Von den insgesamt 55 Themen werden nachfolgend vier exemplarisch ausgewählte Punkte mit ihren Antworten ausführlicher vorgestellt. Die Broschüre mit allen Ergebnissen der Mitgliederbefragung finden Sie im Internet unter der Adresse www.alternativefuer.de/mitgliederbefragung-2017.

Kultur und Medien

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Option 1

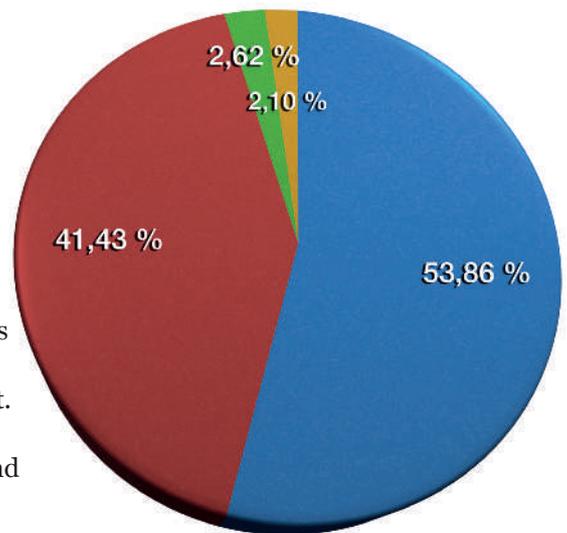
Die AfD fordert die Abschaffung des geräteunabhängigen „Rundfunkbeitrags“. Ein bundesweites steuerfinanziertes Vollprogramm (Fernsehen/Hörfunk) ist ausreichend, um den Auftrag eines unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu erfüllen. Die Aufsichtsräte der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind von staatlichem Einfluss so weit wie möglich frei zu halten.

Um den Rundfunk effektiv zu reformieren, sind die Rundfunkstaatsverträge zu kündigen.

Option 2

Die AfD fordert die Abschaffung des „Rundfunkbeitrags“. Die AfD ist der Auffassung, dass ein staatlicher (öffentlich-rechtlicher) Rundfunk überflüssig ist.

Die Rundfunkstaatsverträge sind zu kündigen.



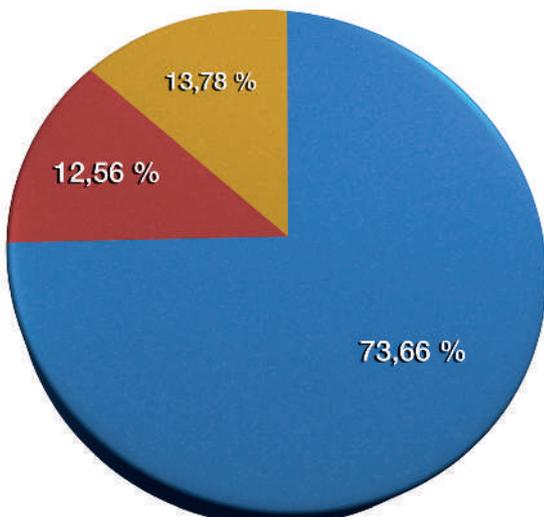
ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Option 1	3.439	6.385
Option 2	2.645	6.385
Keine von beiden	167	6.385
Enthaltung	134	6.385

- Option 1
- Option 2
- Keine von beiden
- Enthaltung

Umwelt-, Natur- und Tierschutz

Ausbau der Windenergie stoppen



Die Windenergie ist ein energiepolitischer Irrweg, ökonomisch absurd und ökologisch kontraproduktiv.

Wir lehnen den weiteren Ausbau der Windenergie ab, denn es bringt mehr Schaden als Nutzen.

ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Ja	4.703	6.385
Nein	802	6.385
Enthaltung	880	6.385

- Ja
- Nein
- Enthaltung

Zuwanderung und Asyl

Minuszuwanderung

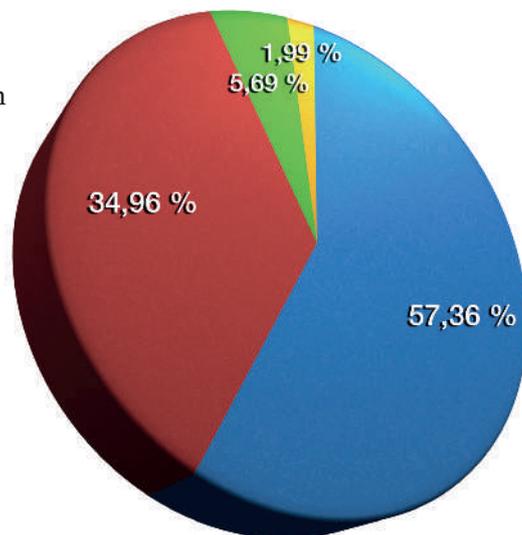
Soll die Forderung nach einer Minuszuwanderung um eine Zahlenangabe ergänzt werden?

Option 1

Die Grenzen müssen geschlossen werden, um die unregelmäßige Massenimmigration in unser Land und seine Sozialsysteme durch überwiegend beruflich völlig unqualifizierte Asylbewerber sofort zu beenden! Wir brauchen über mehrere Jahre diesbezüglich eine Minuszuwanderung.

Option 2

Die Grenzen müssen geschlossen werden, um die unregelmäßige Massenimmigration in unser Land und seine Sozialsysteme durch überwiegend berufliche völlig unqualifizierte Asylbewerber sofort zu beenden! Wir brauchen über mehrere Jahre diesbezüglich eine Minuszuwanderung von mindestens 200.000 Personen pro Jahr.



ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Option 1	3.662	6.384
Option 2	2.232	6.384
Keine von beiden	363	6.384
Enthaltung	127	6.384

- Option 1
- Option 2
- Keine von beiden
- Enthaltung

Gesundheitssystem

Freiberuflich tätige Hebammen

Der Berufsstand der freiberuflichen Hebamme, die die Mutter vom Beginn der Schwangerschaft bis zur Entbindung begleitet, gerät aufgrund der in den letzten Jahren deutlich angestiegenen Haftpflichtprämien sehr stark unter Druck.

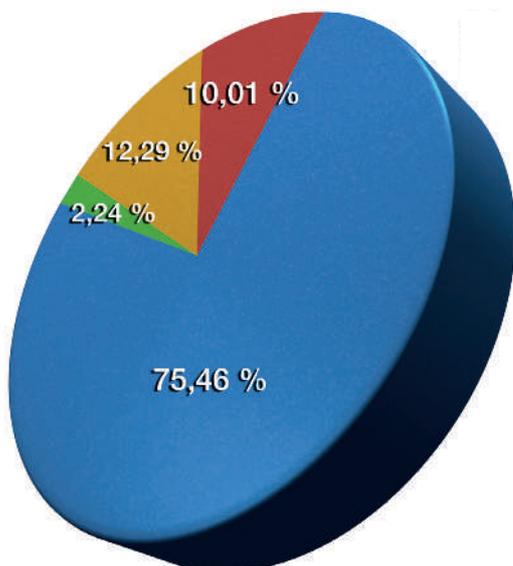
Ein „Aussterben“ des Berufsstandes in naher Zukunft ist absehbar.

Option 1

Es besteht kein Handlungsbedarf. Für Entbindungen sind dann ausschließlich die nächstgelegenen Kliniken zuständig.

Option 2

Der Berufsstand der freiberuflich tätigen Hebamme soll grundsätzlich erhalten werden. Hierzu kann über eine Quersubventionierung der Haftpflichtprämien oder andere entlastende Maßnahmen nachgedacht werden.



ERGEBNISSE NACH ABSTIMMUNG

OPTIONEN	STIMMEN	TEILNEHMER
Option 1	639	6.385
Option 2	4.818	6.385
Keine von beiden	143	6.385
Enthaltung	785	6.385

- Option 1
- Option 2
- Keine von beiden
- Enthaltung

Sachorientierte Programmarbeit ist Grundlage unseres Erfolges als wichtigste Oppositionspartei

Nach einer mehrmonatigen sehr arbeitsintensiven Phase in unseren Landesfachausschüssen und den elf Bundesfachausschüssen sowie in der Bundesprogrammkommission mit- samt der von ihr eingesetzten Redaktionskommission war es am 9. März 2017 endlich soweit: Der Programm- entwurf für die Wahl zum Deutschen Bundestag wurde von beiden Bundes- sprechern, **Dr. Frauke Petry** und Prof. Dr. **Jörg Meuthen**, sowie vom Vorsitzenden der Bundesprogramm- kommission, **Albrecht Glaser**, in einer Pressekonferenz in Berlin der Öffentlichkeit präsentiert. Anwesend war auch als Vertreter der Redak- tionskommission Dr. **Götz Frö- ming**. Der vorgestellte Entwurf dient gleichzeitig als Leitantrag für den Bundesparteitag am 22./23. April 2017 in Köln. Die Bundesprogramm- kommission leistet damit einen herausragenden inhaltlichen Beitrag für die Vorbereitung unseres Bundes- tagswahlkampfes. Gleichwohl sind ihre Aufgaben und Strukturen wie auch diejenigen der Bundesfachausschüsse den meisten Mitgliedern un- serer Partei bislang weitgehend un- bekannt – deshalb nachfolgend ausführliche Informationen dazu.

Aufgaben der Bundes- programmkommission

Die Bundesprogrammkommission hat laut Bundessatzung § 18 folgende Aufgaben:

- die Erarbeitung von Vorschlägen für das Parteiprogramm sowie für Fachprogramme zu politischen Schwerpunktthemen und
- die Erarbeitung von Vorschlägen für das Wahlprogramm der Partei für die Wahlen zum Bundestag und zum Europäischen Parlament.

Die Bundesprogrammkommission setzt sich zusammen aus:

- zwei Mitgliedern des Bundesvor- stands,
- je einem von den Landesvor- ständen entsandten Vertreter der Landesverbände,
- je einem von den Bundesfachausschüssen in die Kommission ent- sandten Vertreter,
- je einem Vertreter der AfD-Frak- tionen im Europäischen Parlament und ab dem 24.09.2017 auch aus dem Deutschen Bundestag.

Vorsitzender der Bundesprogramm- kommission ist **Albrecht Glaser**, stellvertretende Vorsitzende **Beatrix von Storch**.

Vertreter der Landesver- bände

Derzeit haben die 16 AfD-Landesvor- stände folgende Vertreter in die Bundesprogrammkommission entsandt:

- Bayern:** Klaus Rosenauer
- Berlin:** Martin Trefzer
- Brandenburg:** Roman Reusch
- Bremen:** Thomas Jürgewitz
- Baden-Württemberg:**
Dr. Marc Jongen
- Hamburg:** Dr. Bernd Baumann
- Hessen:** Reinhardt Stammwitz
- Mecklenburg-Vorpommern:**
Leif-Erik Holm
- Niedersachsen:** Uwe Wappler
- Nordrhein-Westfalen:**
Jörg Schneider
- Rheinland-Pfalz:** Uwe Junge
- Saarland:** Lutz Hecker
- Sachsen:** Christoph Neumann
- Sachsen-Anhalt:** Robert Farle
- Schleswig-Holstein:**
Dr. Bruno Hollnagel
- Thüringen:** Steffi Bröner

Leiter der Bundesfach- ausschüsse

Die elf Bundesfachausschüsse haben ihre jeweiligen BFA-Leiter als Ver- treter für die Bundesprogrammkom- mission benannt:

- BFA 1:** Georg Pazderski
- BFA 2:** Dr. Alice Weidel
- BFA 3:** Dr. Joachim M. Keiler
- BFA 4:** Dieter Amann
- BFA 5:** Peter Münch
- BFA 6:** Nicole Höchst
- BFA 7:** Heike Kunzelmann
- BFA 8:** Hardi Schumny
- BFA 9:** Werner Meier
- BFA 10:** Burkard Reimer
- BFA 11:** Uwe Witt

Aufgaben der Bundes- fachausschüsse

Den Bundesfachausschüssen werden folgende Aufgaben übertragen:

- die Erarbeitung von Vorschlägen für programmatische Aussagen der Partei zu Themen ihres Fachbe- reichs,
- auf Anforderung der Landesver- bände die Unterstützung bei der Erstellung von Landesprogram- men sowie Unterstützung der Bun- desprogrammkommission.

Die Bundesfachausschüsse setzen sich zusammen aus:

- je angefangene 1000 Mitglieder je einem von den Landesverbänden aus deren Landesfachausschüssen entsandten Vertretern,
- einem Mitglied des Bundesvor- stands,
- je einem Vertreter der AfD-Frak- tionen im Deutschen Bundestag und dem Europäischen Parlament.

Landesvertreter in den Bundesfachausschüssen

Daraus ergibt sich, dass derzeit (Stand April 2017) bis zu 34 Landesvertreter in jedem BFA sitzen können, die sich nach Landesverbänden wie folgt aufgliedern:

- Nordrhein-Westfalen:** 5 Mitglieder
- Baden-Württemberg:** 4 Mitglieder
- Bayern:** 4 Mitglieder
- Hessen:** 3 Mitglieder
- Niedersachsen:** 3 Mitglieder
- Berlin:** 2 Mitglieder
- Brandenburg:** 2 Mitglieder
- Rheinland-Pfalz:** 2 Mitglieder
- Sachsen:** 2 Mitglieder
- Bremen:** 1 Mitglied
- Hamburg:** 1 Mitglied
- Mecklenburg-Vorpommern:** 1 Mitglied
- Saarland:** 1 Mitglied
- Sachsen-Anhalt:** 1 Mitglied
- Schleswig-Holstein:** 1 Mitglied
- Thüringen:** 1 Mitglied

Themenbereiche der Bundesfachausschüsse

Die Bundesfachausschüsse haben sich auf die Bearbeitung bestimmter Themenbereiche konzentriert:

- BFA 1:** Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungshilfe und Außenwirtschaft
- BFA 2:** Euro, Geld- und Finanzpolitik
- BFA 3:** Wirtschaft, Steuern und Haushaltspolitik
- BFA 4:** Familie, Zuwanderung und Asyl
- BFA 5:** Innere Sicherheit, Justiz und Datenschutz
- BFA 6:** Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medien
- BFA 7:** Umwelt, Natur- und Tierschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- BFA 8:** Gesundheitspolitik
- BFA 9:** Demokratie und Grundwerte, Europa
- BFA 10:** Energie, Technik und Infrastruktur
- BFA 11:** Soziale Sicherungssysteme und Rente, Arbeits- und Sozialpolitik



Albrecht Glaser (Vors. Bundesprogrammkommission)



Beatrix von Storch (stellv. Vors. Bundesprogrammkommission)



Georg Pazderski (Leiter BFA 1)



Alice Weidel (Leiterin BFA 2)



Dr. Joachim M. Keiler (Leiter BFA 3)



Nicole Höchst (Leiterin BFA 6)

Der Konvent – das höchste Gremium unserer Partei zwischen den Bundesparteitagen

Der 2015 im Rahmen der Neufassung der Bundessatzung eingerichtete Konvent der Alternative für Deutschland ist spätestens seit seiner Sondersitzung vom 14. August 2016 nicht nur einer größeren Zahl von AfD-Mitgliedern, sondern auch einer breiteren Medienöffentlichkeit bekannt geworden. Damals ging es unter anderem um die Wiedervereinigung der beiden AfD-Fraktionen in Baden-Württemberg sowie um die mögliche Einberufung eines außerordentlichen Bundesparteitages zur Neuwahl des Bundesvorstandes. Trotzdem können viele unserer Mitglieder immer noch nicht so richtig einschätzen, was der Konvent eigentlich macht und wer ihm angehört. Eine gute Zusammenfassung bietet § 12 unserer Bundessatzung, der in seinem ersten Absatz eingangs definiert: „Der Konvent ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Fragen der Bundespartei. Er kann Entscheidungen treffen, soweit sie nicht einem anderen Organ durch Gesetz oder Satzung vorbehalten sind oder Beschlüsse des Bundesparteitages entgegenstehen.“

Worüber kann der Konvent beschließen?

Der Konvent beschließt insbesondere über

- die Gründung von Vereinigungen nach § 17 Bundessatzung;
- die Geschäftsordnungen der Gremien nach § 18 Bundessatzung;
- die Verfahrensordnung für Mitgliederentscheide nach § 20 Bundessatzung;
- die Verteilung der Mittel aus der staatlichen Parteiteilfinanzierung gemäß § 10 der Finanz- und Beitragsordnung;
- den Haushaltsplan und die Finanzplanung gemäß § 17 der Finanz- und Beitragsordnung
- die vom Bundesparteitag überwiesenen Anträge.

Wie setzt sich der Konvent zusammen?

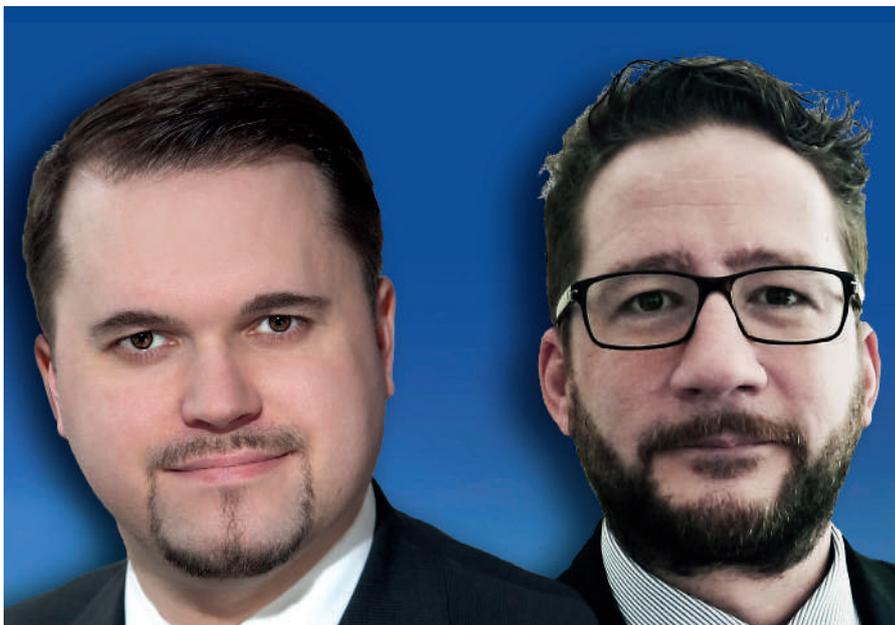
Mitglieder des Konvents sind der Bundesschatzmeister und vier weitere vom Bundesvorstand aus seiner Mitte zu wählende Mitglieder sowie 50 Vertreter der Landesverbände.

Die fünf derzeitigen Vertreter des Bundesvorstandes im Konvent sind neben **Klaus Fohrmann** (als Bundesschatzmeister) **Frauke Petry**, **Albrecht Glaser**, **Armin Paul Hampel** und **Julian Flak**. Außerdem hat der Bundesvorstand sechs Ersatzvertreter benannt, die im Verhinderungsfall der Vertreter in der gewählten Reihenfolge stimmberechtigt für die jeweilige Sitzung nachrücken (die Liste der Bundesvorstands-Ersatzvertreter im Konvent wird von **Jörg Meuthen** angeführt).

Die Delegierten (und auch Ersatzdelegierten) der 16 Landesverbände werden wiederum von Landesparteitagen gewählt. Die Wahlen finden mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr statt.

Die Delegierten-Sitze im Konvent werden den Landesverbänden entsprechend dem Verhältnis ihrer Mitgliederzahl nach dem sogenannten Hare-Niemeyer-Verfahren zugeteilt. Dabei erhält jeder Landesverband mindestens einen Sitz – auch wenn er, wie aktuell der Landesverband Bremen, eigentlich zu wenig Mitglieder hat, um berücksichtigt zu werden. Die Gesamtzahl der Ländervertreter erhöht sich dann um diesen einen – derzeit Bremer – Sitz. Dem Konvent gehören derzeit insgesamt 56 stimmberechtigte Delegierte an – fünf aus dem Bundesvorstand und 51 aus den Landesverbänden.

Der konkrete Verteilerschlüssel wird halbjährlich angepasst und richtet sich in jedem Kalenderhalbjahr nach dem Mitgliederbestand am zurückliegenden 1. Januar bzw. 1. Juli des betreffenden Jahres. Mitglieder des Bundesvorstands können übrigens nicht als Ländervertreter entsandt werden.



Julian Flak und Berengar Elsner von Gronow (Vorsitzende des Konvents)

Für das erste Halbjahr 2017 gilt auf der Grundlage der Mitgliederzahlen zum 1. Januar 2017 folgender Verteilerschlüssel:

Nordrhein-Westfalen: 9
 Baden-Württemberg: 7
 Bayern: 7
 Niedersachsen: 5
 Hessen: 4
 Rheinland-Pfalz: 3
 Sachsen: 3
 Berlin: 2
 Brandenburg: 2
 Schleswig-Holstein: 2
 Thüringen: 2
 Bremen: 1
 Hamburg: 1
 Mecklenburg-Vorpommern: 1
 Saarland: 1
 Sachsen-Anhalt: 1

Gesamt: 51 Ländervertreter

Wer leitet den Konvent?

Der Konvent hat zwei gleichberechtigte Vorsitzende. Die Mitglieder des Bundesvorstands und die Vertreter der Landesverbände wählen jeweils aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden. Die letzte Wahl fand auf der Konventssitzung am 7. Januar 2017 statt. Dabei wurden **Julian Flak** für den Bundesvorstand sowie **Berengar Elsner von Gronow** für die Landesverbände als Vorsitzende in ihren Ämtern bestätigt.

Jeder Vorsitzende kann eine Sitzung des Konvents im Benehmen mit dem anderen Vorsitzenden einberufen. Konventssitzungen finden in der Regel mindestens quartalsweise, bei Bedarf auch im Abstand von ungefähr zwei Monaten statt. Auf Verlangen des Bundesvorstands oder dreier Landesvorstände oder eines Viertels seiner Mitglieder ist der Konvent unverzüglich einzuberufen.

Unser Kampagnenteam zur Bundestagswahl



Das auf Initiative des Konvents ins Leben gerufene Kampagnenteam zur Bundestagswahl nahm im Dezember 2016 seine Arbeit auf. Als Leiter des Teams fungiert **Michael Büge**, als Kreativverantwortlicher **Thor Kunkel** und als Parteikoordinator **Jens Eckleben**. Neben der Organisation des Bundestagswahlkampfes auf Bundesebene und der Koordination der damit verbundenen Wahlkämpfe der Landesverbände werden – in enger Abstimmung mit dem Bundesvorstand – professionelle Kampagnen entwickelt. Das Kampagnenteam führt in den nächsten Wochen außerdem bundesweit fünf Schulungen für AfD-Kandidaten zur Bundestagswahl durch. Die Bundesgeschäftsstelle stellt dem Kampagnenteam dafür ihre Infrastruktur und – soweit erforderlich – temporär auch Personal zur Verfügung. Zentrale Anfragen können an den Parteikoordinator Herrn **Eckleben** unter der Adresse kampa-partei@alternatiefuer.de gestellt werden.

Des Weiteren arbeiten die für den Wahlkampf in ihren jeweiligen Landesverbänden verantwortlichen Länderkoordinatoren eng mit dem Kampagnenteam des Bundesverbandes zusammen. Diese regional verankerten Koordinatoren sind die Ansprechpartner für alle Belange des Bundestagswahlkampfes in den Landesverbänden und bei Fragen über folgende E-Mail-Adressen erreichbar:

LV Baden-Württemberg: kampa-BW@alternatiefuer.de
LV Bayern: kampa-BY@alternatiefuer.de
LV Berlin: kampa-BE@alternatiefuer.de
LV Brandenburg: kampa-BB@alternatiefuer.de
LV Bremen: kampa-HB@alternatiefuer.de
LV Hamburg: kampa-HH@alternatiefuer.de
LV Hessen: kampa-HE@alternatiefuer.de
LV Mecklenburg-Vorpommern: kampa-MV@alternatiefuer.de
LV Niedersachsen: kampa-NI@alternatiefuer.de
LV Nordrhein-Westfalen: kampa-NRW@alternatiefuer.de
LV Rheinland-Pfalz: kampa-RP@alternatiefuer.de
LV Saarland: kampa-SL@alternatiefuer.de
LV Sachsen: kampa-SN@alternatiefuer.de
LV Sachsen-Anhalt: kampa-ST@alternatiefuer.de
LV Schleswig-Holstein: kampa-SH@alternatiefuer.de
LV Thüringen: kampa-TH@alternatiefuer.de

Magdeburger Erklärung der AfD zur Frühsexualisierung im Schulunterricht



Wir, die am 14.11.2016 in Magdeburg versammelten Abgeordneten aus den Landtagsfraktionen der AfD, bekennen uns ohne Einschränkung zu der in Artikel 6 des Grundgesetzes festgeschriebenen Pflicht des Staates, Ehe und Familie in besonderer Weise zu schützen. [...]

Grundlage der Familie sind Liebe und Geborgenheit. Dies findet seinen Ausdruck in der naturgegebenen Aufgabe der Familie, Kinder zu erziehen. In unseren Kindern leben Familie, Volk und Nation fort. In der Familie erkennen wir die Erhalterin des Lebens. In diesem Sinne erklären wir:

Wir bekennen uns zum Recht und zur Pflicht der Eltern, ihre Kinder im Sinn ihrer eigenen Lebens- und Wertevorstellungen zu erziehen, so lange dadurch das Kindeswohl nicht objektiv gefährdet wird. Dies gilt insbesondere für die Sexualerziehung. [...]

Wir bekennen uns zum Recht jedes Kindes, vor Frühsexualisierung geschützt zu werden. Kinder sind keine jungen Erwachsenen. Die Kindheit ist eine besondere Zeit, eine Zeit der

Freiheit, eine Zeit der Aufnahme- und Prägefähigkeit und eine Zeit der Unschuld. Dies erfordert besondere Vorsicht im Umgang mit unseren Kindern.

Wir bekennen uns zu einem Schulunterricht, der auch die Botschaft vermittelt, dass nicht Triebbefriedigung, sondern eine intakte Familie primäres Lebensziel sein sollte.

Eingedenk der hohen Bedeutung der Familie und angesichts unserer Verantwortung als gewählte Vertreter des gesamten deutschen Volkes wenden wir uns aus den geschilderten Gründen entschieden gegen alle Versuche, andere Formen des Zusammenlebens und Sexualverhaltens gleichwertig neben Ehe und Familie zu stellen.

Wir wenden uns dagegen, dass unsere Kinder in Schule und KITA mit scham- und persönlichkeitsverletzenden Inhalten in Wort, Bild und Ton konfrontiert werden.

Wir wenden uns gegen alle Versuche des Staates, in die Erziehungshoheit der Eltern einzugreifen, die natürlichen Vorstellungen, die sich un-

sere Kinder von Familienleben und Geschlechterrollen bilden, systematisch zu verunsichern und unsere Kinder in dem Glauben zu erziehen, die Ehe sei nur eine beliebige Form des Zusammenlebens, die gleichwertig neben allen anderen Formen steht.

Wir wenden uns gegen das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Da es mehr adoptionswillige Ehepaare als Kinder gibt, die zur Adoption freigegeben sind, besteht keine Not, gleichgeschlechtliche Paare zu berücksichtigen. Dies gilt umso mehr, als wissenschaftlich noch nicht abschließend geklärt ist, ob Kinder, die bei gleichgeschlechtlichen Paaren aufwachsen eine normale und stabile Geschlechtsidentität entwickeln. Kinder haben ein Recht auf Vater und Mutter, aber Erwachsene haben keinen Anspruch auf Kinder.

Wir wenden uns gegen die Diskriminierung sexueller Minderheiten. Der bloße Verzicht auf besondere Förderung ist keine Diskriminierung. Insbesondere lehnen wir die herrschende „Antidiskriminierungspolitik“ ab, die sich einseitig an den angeblichen Lebensvorstellungen sexueller Minderheiten ausrichtet. Die traditionelle Familie soll Vorbild bleiben. Sie gehört zum Kern der deutschen Leitkultur.

<http://www.afdfraktion-lsa.de/wp-content/uploads/2016/11/Fruhsexualisierung.pdf>

Der Bevölkerungsaustausch läuft

Milliarden von Steuergeldern werden versenkt

Rund 268.000 syrische Flüchtlinge haben nach Medienberichten ein



Alexander Gauland
AfD-Vorstandsmitglied

Anrecht ihre Familien nach Deutschland nachzuholen. Legt man den Faktor 4 zu Grunde, können wir uns auf über eine Million weiterer Einwanderer gefasst machen. Da die nachziehenden Personen keine Asylansträge stellen müssen, tauchen sie in der Asylstatistik nicht auf.

„Wer uns weis machen will, es ginge hier nur um die temporäre Unterbringung von Schutzbedürftigen, betreibt bewusste Augenwischerei. Diese Leute kommen, um zu bleiben. Sehenden Auges werden Milliarden

von Steuergeldern versenkt und der Sozialstaat in den Zusammenbruch gesteuert“, erklärt der stellvertretende AfD-Vorsitzende **Alexander Gauland**. „Dieser Familiennachzug muss gekippt werden! Stattdessen setzen die Politiker der Altparteien noch eins drauf. Und wenn es nach den Grünen geht, kann bald jeder, der vorgibt, in Deutschland arbeiten zu wollen, mit samt seiner Familie einwandern. Der Bevölkerungsaustausch in Deutschland läuft auf Hochtouren.“



Kampagne Abschaffung Rundfunkbeitrag

Rundfunkstaatsvertrag sollte gekündigt werden

Die AfD fordert eine Reform bei der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Nach dem Grundgesetz hat der Bürger ein Recht auf Information. Das bedeutet, er hat auch das Recht auf diese Information zu verzichten. Wer das Angebot der öffentlich-rechtlichen Sender nicht nutzen möchte, darf dafür nicht zwangsweise zur Bezahlung selbiger verpflichtet werden. Es muss der Grundsatz gelten: Keine Nutzung – keine Bezahlung.

Zudem bemängelt die AfD die enormen und unverhältnismäßigen Kosten, welche der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland verursacht. Bei 22 Fernsehsendern, 67 Radioprogrammen und völlig vom Markt entkoppelten Gehaltsstrukturen drängt sich die Frage auf, ob das alles zur Erfüllung des Auftrages des öffentlich-rechtlichen Rundfunks benötigt wird. Dieser Auftrag muss nach Ansicht der AfD auf den Prüfstand.



(v.l.n.r.) Georg Pazderski, Dr. Frauke Petry, Leif-Erik Holm, Dr. Kirsten Muster, Prof. Dr. Jörg Meuthen, Alexander Tassis, Andreas Kalbitz, André Poggenburg, Björn Höcke.

Deutschland braucht eine tatsächlich spürbare „Rundfunkfreiheit für alle“ und damit eine neue Medienordnung. Die Landtagsfraktionen der AfD beantragen in ihren Bundesländern eine Kündigung des bestehenden Rundfunkstaatsvertrags. Alle von der AfD in den

Landesparlamenten eingebrachten Anträge wurden von den Altparteien bisher abgelehnt.

<https://afd-kompakt.afd-hosting.de/2016/12/06/afd-landtagsfraktionen-fordern-abschaffung-des-gez-rundfunkbeitrags/>

Klima-Energie-Konferenz des BFA 10

Deutschland energiepolitisch auf falschem Weg



Der AfD-Bundesfachausschuss 10 „Energie, Technik und Infrastruktur“ führte im Januar 2017 die Konferenz „Klima und Energie“ durch. Nach der Begrüßung der 96 Teilnehmer aus dem Bundesgebiet durch **Dr. Frauke Petry** folgte ein Programm mit sieben Vorträgen, einem in Regie der LFA Hessen und Baden-Württemberg gedrehten Lehrvideos zum Klimawandel und zwei von **Christiane Christen** (Rheinland-Pfalz) moderierten Podiumsdiskussionen.



Der BFA10-Vorsitzende **Burkard Reimer** erläuterte den „Klimaschutzplan 2050“, mit dem die Bundesregierung den Energiebedarf in

Deutschland mit reduziertem Einsatz fossiler Energien (Dekarbonisierung) sichern möchte. Die Umsetzung soll ohne Mitwirkung des Bundestags oder Volksentscheid erfolgen. Die ersten Schritte sind mit den Nordsee-Windparks und dem Bau der tausend Kilometer langen Nord-Süd-Stromtrasse eingeleitet.

„Klimaschutzplan 2050“ ist unbezahlbar

Klaus Maier (LFA Hessen) zeigte, dass die durch Wind- und Solarenergie angestrebten CO₂-Einsparungen eine Vervielfachung der



heutigen Kapazitäten und den Ausbau des Stromnetzes erforderten. Das sei technologisch kaum machbar, ökologisch katastrophal und unbezahlbar. Die Technik für Erneuerbare Energien, Speicher und Stromnetze kostet in den kommenden 35 Jahren bis zu 5.000 Mrd. Euro.

Wind, Sonne, Wasser zu wenig für Energieversorgung



Die schlechte Kosten-Nutzen-Bilanz der Erneuerbaren Technologien komme erschwerend hinzu, so **Michael Limburg** (LFA 10 Branden-

burg). Die sehr niedrigen Energiedichten von Sonnenstrahlen und bewegter Luft machten eine gigantische Zahl von „Extraktionseinrichtungen“ erforderlich. Da bei Flaute, Nacht und Nebel die jeweiligen Energieerzeuger ausfielen, müssten enorme Überschussenergien erzeugt werden, um immer Strom zu haben. Zudem gehen Speichertechnologien für Wind- und Sonnenenergie mit großen Verlusten und riesigem Flächenverbrauch einher.

Weltklimarat widerspricht „menschgemachtem Klimawandel“

Die Fragwürdigkeit der Ziele des Klimaschutzplan 2050 sieht man an Berechnungen des UN Weltklimarats IPCC. **Prof. Horst-Joachim Lüdecke** erläuterte die extremen Abweichungen bisheriger Modell-



rechnungen von Klimavergangenheit und Klimagegenwart, welche die Unbrauchbarkeit der monokausalen CO₂-Hypothese belegen. Der Weltklimawandel sei ein natürlicher Prozess, die Industrialisierung ohne gravierenden Einfluss.

Kernenergie für Industriestaaten unverzichtbar



Zur Umsetzung der Klimaziele 2050 fordert **Dr. Götz Ruprecht** (Institut für Kernphysik) die Weiternutzung der Kernenergie.

Kritik an der Energiewende kommt auch vom Energiemanager eines deutschen Konzerns. **Michael Principato** verweist auf Papiere der Bundesregierung, die von „Stromknappheitspreisen“, Zwang zur Anpassung an das un stetige Energieaufkommen der Erneuerbaren Energien und steigenden Subventionierungen sprechen. Nahezu kein großer Industriestaat würde auf Kernkraft verzichten oder ein ähnliches Konzept verfolgen. Gemeinhin herrsche die Überzeugung, die Einengung auf Erneuerbare Energien zerstöre die industrielle Basis, führe in Armut und zu enormer Landschaftszerstörung.



Dr. Andreas Geisenheiner fasste die Forderungen des Kongresses zusammen: Stopp des Erneuerbaren Energie-Gesetzes, Erhaltung des bestehenden Energiemix durch ein 10-jähriges Moratorium, weitere Energieforschung und Wiedereinführung der Marktwirtschaft in allen Sektoren der Energie.

Extremismus-Kongress der AfD-Fraktionen in Berlin

Über 500 Besucher vor Ort, 30.000 Zuschauer im Internet

Die AfD-Fraktionen der Landtage hatten am 18. März 2017 zum Extremismus-Kongress nach Berlin geladen. Fachexperten und führende AfD-Politiker warnten vor den Folgen, die linker, rechter und religiös motivierter Extremismus für Deutschland haben könne und bereits hat.

Moderator **Jürgen Liminski**, ex-Redakteur der WELT, erklärte, dass eine Form des Extremismus um sich greife: Intoleranz. Co-Moderator **Andreas Lombard**, Journalist und Verlagsleiter, ergänzte: „Wir reden von einem Extremismus, der aus der Mitte kommt – und Zustimmung findet.“



Georg Pazderski, Vorsitzender der Berliner AfD-Fraktion, hatte wenig Verständnis für die mangelnde Bereitschaft der Berliner SPD, Linken, Grüne und CDU, sich gegen Linksextremismus abzugrenzen. „Nach rechts schließt man die Reihen, nach links bleibt man porös.“

Dr. Uwe Kemmesies vom Bundeskriminalamt (BKA) betrachtete Extremismus und Terrorismus von der wissenschaftlichen Seite: „Insbesondere ein religiös motivierter Terrorismus zielt auf die Veränderung der in einer Gesellschaft gepflegten kulturellen Praktiken ab.“ Als Beispiel nannte er die Anschläge im November 2015 in Paris, die sich gegen die westliche Sport-, Musik- und Freizeitkultur richteten.



Prof. Dr. Dietrich Murswiek, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, wurde noch deutlicher: „Unliebsame politische Meinungen werden

als Extremismus diskreditiert, um nicht diskutieren zu müssen ... Der Staat (darf) nicht mit hoheitlichen Mitteln in die Demokratie eingreifen.“ Aus aktuellem Anlass – Demonstranten hatten versucht, den Zugang zum Veranstaltungsort zu erschweren – fügte er hinzu: „Wer mit Blockade politische Veranstaltungen verhindern will, richtet sich gegen das Demokratieverständnis.“ Zudem müsse man sich nicht wundern, wenn man Männer ohne Rechtsverständnis ins Land strömen lasse und dann Probleme mit Extremismus bekäme.

Dr. Werner Patzelt, Professor für Politische Systeme und Systemvergleich, sah wenig Unterschied zwischen Links- und Rechtsextremisten.



Beide stünden gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung.



Prof. Dr. Dr. Wolfgang Ockenfels, Leiter des „Instituts für Gesellschaftswissenschaften Walderberg“, stellte fest: „Kritik am Islam

wird gleich als Islamophobie verstanden“. Islamismus sei der „Angriff auf unsere freiheitlichen Gedanken“.



In der Diskussion berichtete der dänische Psychologe **Dr. Nicolai Sennels**, sieben von zehn Gefangenen in Dänemark seien Moslems. Für Migranten gäbe es keinen Grund, sich zu integrieren, weil sie auch ohne diese Bereitschaft alles bekommen. „Schicksal ist für Moslems wichtiger als Bildung“, resümierte Sennels über die Folgen der anerzogenen islamischen Mentalität.

Carsten Hütter, AfD-Landtagsabgeordneter aus Sachsen, hatte kein Verständnis, dass Abgeordnete der Linken an Aktionen der Antifa teilnehmen. „Auf ihren Laptops, die sie im Landtag nutzen, kleben linksextreme Zeichen.“ Man müsse diese ebenso verbieten wie rechtsextreme Symbole.

Prof. Dr. Jörg Meuthen, Vorsitzender der baden-württembergischen AfD-Fraktion, forderte ein konsequentes Handeln: „Wir müssen unsere Gesetze und Vorschriften nur anwenden“. Der Staat bleibe unterhalb seiner Möglichkeiten, den Extremismus zu bekämpfen.

Verfassungsrechtler **Murswiek** betonte, das Asylrecht sei kein Grundrecht auf Einwanderung. „Einen Anspruch auf Einreise, gerade aus sicheren Drittländern, gibt es nicht.“

Einführung der E-Akte nur sinnvoll, wenn der Datenschutz sichergestellt ist

Die elektronische Akte (E-Akte) wird im Juni 2017 in Baden-Württemberg eingeführt, wodurch laut CDU-Innenminister „das Amt zum Bürger nach Hause kommt“. Die E-Akte sieht der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion **Rüdiger Klos** mit gemischten Gefühlen: „Der wichtige Grundsatz der Subsidiarität wird nicht gewahrt, wenn in Brüssel EU-Beamte brühwarm serviert bekommen, dass jemand innerhalb seiner

Gemeinde umgezogen ist.“ Aus diesem Grunde fordert die AfD, die Daten der Bürger verstärkt zu schützen

„Wenn unsere Daten europaweit verfügbar sind, stellen sich ganz andere Sicherheitsprobleme als wenn die Papierbelege abgeheftet in einen verschlossenen Aktenschrank ausschließlich in der Amtsstube um die Ecke lagern. Wir brauchen die besten

Fachleute, um die Sicherheit der Bürgerdaten zu gewährleisten und vor Manipulation und Missbrauch zu schützen“, sagt Klos. Die freie Meinungsäußerung und die freie Entfaltung der Persönlichkeit brauchen einen starken Datenschutz.



Diesel-Pkw-Verbote führen ins Chaos ohne Stromtankstellen für E-Autos



Die Forderung nach einem Verbot von Dieselfahrzeugen in Stuttgart zeigt die Konzeptlosigkeit des von CDU-SPD-Grün dominierten Gemeinderats. Jeder Stuttgarter, der auf ein

Elektroauto umsteigen möchte, hat ein Problem: es gibt kaum Stromtankstellen in den Wohnbezirken. „Erst will man den Bürgern ihre bisherigen Autos wegnehmen. Dann legt man ihnen Steine bei der Nutzung eines E-Autos in den Weg. Das ist typisch für unsere wenig vorausschauenden Landes- und Bundesregierungen“, so **Bernd Gögel**, verkehrspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion. Er fordert eine Anpassung des Wohnungseigentums- und des Mietgesetzes: „Es

kann nicht hingenommen werden, dass man die Bürger erst vor vollendete Tatsachen stellt und ihnen dann die Möglichkeit nimmt, ihr teurer gekauftes Elektroauto ohne Umstände laden zu können. Verlierer im Besonderen sind die Mieter. Ihnen sind die Hände gebunden, wenn sie den Stellplatz oder die Garage mit einer Fahrzeugsteckdose aufrüsten möchten. Sie können ohne Zustimmung der Eigentümer keine baulichen Veränderungen vornehmen.

Landes-Erstaufnahmestelle für Asylbewerber

Polizeikräfte bisher über 1.000 Mal im Einsatz



Im März 2017 rückte die Landes-Erstaufnahmestelle (LEA) für Asylbewerber in Ell-

wangen wieder einmal in den Fokus der Öffentlichkeit. 40 Bewohner waren aufeinander losgegangen. 14 Polizeifahrzeuge rückten an. In einer Kleinen Anfrage im Landtag erkundigte sich der AfD-Abgeordnete **Udo Stein** über die Kosten der LEA.

„170.000 Euro mussten bisher aufgewendet werden, um die von den Bewohnern verursachten Beschädigungen zu reparieren“, erklärt Stein. „Es ist eine Unverschämtheit, wie die angeblich Schutzsuchenden mit einer öffentlich finanzierten Immobilie umgehen.“

Fast 260 Festangestellte sind in der LEA beschäftigt, 68 davon Sicherheitskräfte. Zwei weitere sind Polizeistellen in Aalen. „Seit April 2015 kam es zu über 1.000 Polizeiein-

sätzen in der LEA, d.h. mehr als ein Einsatz pro Tag“, so Stein.

Über 20 Mio Euro kostet der Umbau der ehemaligen Reinhardt-Kaserne zu einer funktionsfähigen und bezugsfertigen Landes-Erstaufnahmestelle. Für den Umbau der Hallen sind bisher Kosten von 6,25 Mio Euro angefallen. „Die Kosten für Personal, Verpflegung und Sprachkurse kommen hinzu“, sagt Udo Stein. „Die Unterkunft ist eine Belastung für die 25.000 Einwohner zählende Stadt.“

Landesliste der AfD für die Bundestagswahl steht

Die Wahl erfolgte am 25./26. März und 1./2. April



An zwei Parteitagen in Greding hat die bayerische AfD ihre Liste zur Bundestagswahl aufgestellt. Nachdem auf der Versammlung am 25./26. März von den anwesenden 450 Mitgliedern die drei Spitzenkandidaten gewählt worden waren, erfolgte am Wochenende vom 1./2. April von den anwesenden 480 Mitgliedern die Wahl der Kandidaten für die Plätze vier bis neun. Damit wird die Landesliste der AfD Bayern für die Bundestagswahl 2017 von folgenden Kandidaten auf den Plätzen 1-9 angeführt: Martin Hebner, Peter Boehringer, Corinna Miazga, Petr Bystron, Martin Sichert, Hans-Jörg Müller, Peter Felser, Gerold Otten, Stephan Protschka. Bei weiteren Versammlungsterminen im Mai sollen die restlichen Listenplatz-Kandidaten gewählt werden.

Kriminalität nimmt zu in Bayern

AfD zeigt Statistik-Schönfärberei auf

Die bayerische AfD hat die Kritik von CSU-Innenminister Joachim Herrmann an ihrer Bewertung der Kriminalitätsstatistik 2016 zurückgewiesen. „Der Minister versucht nachträglich die von seiner eigenen Behörde dokumentierte miserable Sicherheitslage durch zwölf Jahre alte Vergleichszahlen und Durchschnittsquoten zu verharmlosen“, betonte AfD-Landeschef **Petr Bystron**: „Offenbar hatten wir mit unserer Stellungnahme genau ins Schwarze getroffen.“

Der Minister hatte auf einen „langfristigen Trend“ verwiesen, wonach die Kriminalität von 2004 bis 2016 um 70.000 Fälle gesunken sei. Auch die Quote der Straftaten pro 100.000 Einwohner sei „geringfügig niedriger“ als vor der Zuwanderungswelle 2015.

Die Realität sieht anders aus. Im Vergleich von 2016 mit dem Vorjahr stieg die Gesamtkriminalität um 76.558 Fälle auf 882.473 Straftaten. 587 Tötungsdelikte (plus 14,9 Prozent) und 79.197 Körperverletzungen (plus 9,3 Prozent) „tragen bestimmt nicht zu Steigerung des Sicherheitsgefühls der Bürger bei“, sagte Bystron. Die Zahl der Einbrüche habe

seit 2004 um 50 Prozent zugenommen und steige weiter. Allerdings rechne der Minister die immer häufigeren Einbrüche in Büros und Gewerbebetriebe offenbar nicht mit. Aus dem Einbruch-Report 2016 des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) gehe hervor, dass die Zahl der Einbrüche den höchsten Stand seit 2003 erreicht habe, sagte der AfD-Landeschef. Allein in den letzten fünf Jahren hätten laut Verband Einbrüche um über 30 Prozent zugenommen.

Auch die bayerische Kriminalstatistik für 2016 bei Delikten im Zusammenhang mit Migration liefere keinen Anlass zur Beruhigung: 2016 stieg die Zahl der nicht-deutschen Tatverdächtigen im Vergleich zum Vorjahr um 14,9 Prozent auf 94.610 Tatverdächtige, wobei Rumänen und Türken die Nationalitätenliste mit großem Abstand anführten.

Durch Zuwanderer begangene Straftaten ohne ausländerrechtliche Verstöße sind von 2015 auf 2016 um 54,8 Prozent in die Höhe geschossen: von 23.271 auf 36.027 Fälle. Bereits seit 2010 ist laut dem Bericht in Bayern ein kontinuierlicher Anstieg der durch Zuwanderer begangenen

Straftaten (ohne ausländerrechtliche Verstöße) zu verzeichnen, der sich ab 2013 noch einmal deutlich verstärkt hat: „Besonders massiv fällt der Anstieg in den Jahren 2015 und 2016 aus. Im Jahr 2015 war im Vergleich zum Vorjahr 2014 eine Steigerung um 10.068 Fälle bzw. 76,3 Prozent auszumachen. Im Vergleich zum Jahr 2015 stiegen die Fallzahlen in 2016 noch einmal deutlich an, um 12.756 Fälle bzw. 54,8 Prozent.“ (Ministerstatistik, S. 41)

Der 56 Seiten starke Bericht ist als pdf-Datei auf der Ministeriums-Internetseite einsehbar. „Eine Lektüre, die ich auch allen gründlich recherchierenden Journalisten empfehle, die neugierig auf Fakten sind“, betonte der AfD-Politiker.



Neuer Fall von Berliner Filz?

Bau von Asyl-Unterkünften trotz Leerstand



Die AfD fordert den Baustopp für Flüchtlingsunterkünfte in Berlin und die Anmietung freier Plätze in Brandenburg. Der Bund überweist an Brandenburg 3,5 Mio Euro im Jahr für 270 nicht belegte Plätze in einer früheren Kaserne. Für geplante, nie realisierte Asylbewerber-Wohnungen in Berlin-Reinickendorf sind 1,5 Mio Euro im Jahr an die Arealeigner zu zahlen. Auf dem Flughafengelände Tempelhof stehen 1.400 Plätze leer. Dort sollen für 16 Mio Euro Containerunterkünfte errichtet werden. Trotz Bürgerprotesten wurde der historische Park in Lankwitz abgeholzt, um Asylunterkünfte zu bauen, während im Berliner Umfeld 19.000 Flüchtlingsplätze frei sind. „Die Halsstarrigkeit des Berliner Senats wirft Fragen nach der Seriosität der Planungen auf“, kritisiert **Dr. Gottfried Curio**, integrationspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion.

Landeswahlliste für die Bundestagswahl 2017

Berliner Landesverband stellte am 4./5. März auf



51 Kandidaten hatten sich um 10 Plätze beworben. Die Reihenfolge der Kandidatenvorstellung wurde ausgelost. Jeder Kandidat erhielt fünf Minuten Redezeit, gefolgt von zwei Fragen mit je einer Minute Antwortzeit. Gewählt war ein Kandidat, wenn er/sie das Quorum, d.h. die einfache Mehrheit erhielt. Der Spitzenplatz wurde in Einzelwahl, die Plätze

2 bis 5 in Gruppenwahl gewählt. Sofern nicht alle Plätze per Quorum vergeben waren, erfolgte ein weiterer Wahlgang, an dem die doppelte Anzahl an Kandidaten im Verhältnis zu den noch zu vergebenden Plätzen teilnahm. Sonntagnachmittag stand das Ergebnis fest. Hinter Spitzenkandidatin Beatrix von Storch wurden gewählt: Dr. Gottfried Curio, Dr. Götz

Frömming, Birgit Malsack-Winckermann, Dr. Nicolaus Fest, Hans-Joachim Berg, Jörg Sobolewski, Marius Radtke, Harald Laatsch und Ralf Conradi. Beatrix von Storch forderte in ihrer abschließenden Rede die Parteifreunde zu Engagement im Wahlkampf auf und dankte den Organisatoren der Versammlung.

Steigende Gewalt unter Asylbewerbern

Biometrische Erfassung wichtiger denn je



Bei einem Streit in einer Flüchtlingsunterkunft in Nauen (Havelland) wurde ein 29 Jahre alter Somalier von einem 26jährigen Landsmann erstochen. Schon früher gab es in Brandenburg ähnliche Vorfälle.

Experten warnen vor wachsenden Spannungen in Asylbewerberheimen.

Dazu teilt der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Brandenburgischen Landtag, **Thomas Jung**, mit: „Nur wer blind und taub ist, kann ignorieren, dass von manchen Asylbewerbern eine erhebliche Gefahr ausgeht. Es hat nichts mit Rassismus zu tun, wenn man das ausspricht und daraus Konsequenzen ziehen will. Aber das scheinen

die politisch Verantwortlichen im Land, und besonders der für unsere Sicherheit zuständige Innenminister Karl-Heinz Schröter, immer noch nicht verstanden zu haben. Ich fordere, dass alle in den vergangenen zwei Jahren nach Brandenburg gekommenen Asylbewerber erneut biometrisch erfasst und ihre Daten noch einmal überprüft werden. Straftäter müssen dieses Land sofort verlassen. Sie stellen eine unberechenbare Gefahr dar.“

Treffen der sozial-familienpolitischen Sprecher

In Potsdam ging es um Familienförderung

Auf Einladung der Parlamentarischen Geschäftsführerin der AfD-Fraktion im Brandenburgischen Landtag, **Birgit Bessin**, trafen sich am 20. März 2017 in Potsdam die sozial- und familienpolitischen Sprech-

er der AfD-Landtagsfraktionen. Themen des Arbeitstreffens war unter anderem die Förderung und Aufwertung der Familien. Gemeinsam wurden verschiedene Forderungen erarbeitet und ausführlich diskutiert.



Die Ergebnisse werden demnächst in die parlamentarische Arbeit der verschiedenen Fraktionen einfließen.

Auch die Löhne in Ost müssen auf West-Niveau

Generationen-Gerechtigkeit sicherstellen



Zur Ankündigung von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, die Ostrenten bis 2025 auf West-Niveau anzuheben, sagt

Birgit Bessin, sozialpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion: „Die Altparteien möchten mit einem Wahlgeschenk von ihrem sozialpolitischen Versagen ablenken. Mit der Angleichung der Ostrenten allein ist die Ungleichheit zwischen Ost und West nicht gelöst, weil die künftigen Rentner in Ostdeutschland davon nicht profitieren. Im Gesetzentwurf soll der Höherwertungs faktor wegfallen, der bislang dafür sorgt, dass die niedrigeren Ostlöhne bei der Rentenberechnung aufgewertet werden. Damit würden ostdeutsche Arbeitnehmer, die nach 2025 in Rente gehen, benachteiligt werden. Wir fordern, dass die Renten und die Löhne in Ost und West auf ein Niveau gebracht werden.“

Mehr Polizei an Grenzen erforderlich

Landesregierung und Bund müssen handeln

Medienberichten zufolge leben in Brandenburg 80 Islamisten, die in Verbindung zum Islamischen Staat stehen, teilte der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion **Thomas Jung** mit: „Die AfD-Fraktion hat immer wieder auf das Problem der Tschetschenen hingewiesen und gefordert, die Grenze zu Polen intensiv zu überwachen, um dieses Schlupfloch für Islamisten zu stopfen. Doch Ministerpräsident Dietmar Woidke sieht keinen Handlungsbedarf. Angesichts der steigenden Gefahr, die von den meist gewaltbereiten Islamisten ausgeht, erwarte ich, dass Woidke die AfD-Forderung unterstützt und sich auf Bundesebene dafür einsetzt, dass die Bundespolizei an der Grenze deutlich verstärkt wird.“



Verwaltungsgericht gibt AfD Recht

Die Presse regt sich darüber auf

In den Stadtteilbeiräten arbeiten die AfD-Mitglieder unermüdlich und erringen Erfolge. So ist es dem AfD-Beigeordneten in Walle, **Gerald Höns**, gelungen, vor dem Verwaltungsgericht eine einstweilige Verfügung zu erreichen, die es der Senatskanzlei verbietet, bei Bürgereingaben Namen und Anschrift zu schwärzen.

Zum Hintergrund: Der Beirat Walle war dazu übergegangen, bei Bürgeranträgen die auch unseren Beigeordneten erreichten, die persön-

lichen Daten der Antragsteller zu schwärzen. So war es Gerald Höns nicht mehr möglich, mit den Antragstellern Kontakt aufzunehmen, um mehr Einzelheiten und Hintergründe zu erfahren. Bürgernähe sollte so verhindert werden.

Interessant ist, wie der WESER-KURIER darüber berichtet hatte. Dieser Erfolg für die Demokratie wurde als Niederlage für die Bürgerrechte dargestellt. Der Autor kommentierte mit leicht drohendem

Unterton: „Wer einen solchen Antrag einreicht, dem müsse klar sein, dass seine Personalien Verbreitung finden.“ Dabei ließ er eine Kleinigkeit unerwähnt, die für die Entscheidung des Verwaltungsgerichts wichtig war: Die Senatskanzlei und die Beiräte wurden angehalten, zur bisher gängigen Praxis im Umgang mit Bürgereingaben zurückkehren. Bevor unser Beigeordneter Mitglied im Beirat war, waren die Daten nämlich nicht geschwärzt worden.

Abgeordneten-Altersversorgung à la SPD

42 Jahre Parlament, jetzt im Aufsichtsrat der Bahn

Der Bremer AfD-Landesverband kritisiert die Berufung des Bremerhavener SPD-Bundestagsabgeordneten Uwe Beckmeyer zum Aufsichtsrat bei der Deutschen Bahn am Ende seiner Karriere und wertet dies als Versuch der zusätzlichen Altersabsicherung von SPD-Politikern. „Seit 1975 ist Herr Beckmeyer Berufspolitiker der SPD und sollte die Bremerhavener Interessen in Bremen und Berlin vertreten. Hier wurde er gewählt und in 42 Jahren als Abgeordneter, Senator bzw. Staatssekretär gut besoldet“, so **Thomas Jürgewitz**, stellvertre-

tender Landesvorsitzende der AfD Bremerhaven.

Bremerhaven steht heute schlechter da als 1975, die Infrastruktur ist desolat und eine IC-Verbindung gibt es noch immer nicht – aber Herr Beckmeyer gönnt sich teures Schreibgerät auf Kosten des Steuerzahlers, fasst Thomas Jürgewitz die „Causa Beckmeyer“ zusammen. Für das Aufsichtsratsmandat soll es bis zu 33.000 Euro pro Jahr „Entschädigung“ geben und vielleicht noch zusätzlichen Pensionsanspruch für gerade mal vier Sitzungen im Jahr!

„Ist das die soziale Gerechtigkeit, die Martin Schulz fordert?“, fragt Thomas Jürgewitz. Allerdings habe Martin Schulz selbst Erklärungsprobleme zu seiner bisherigen Tätigkeit nebst üppigen Einkünften und Tagegeldern. Fraglich sei zudem, warum ein Abgeordneter, wenn er in einen Aufsichtsrat entsandt wird, eine Aufwandsentschädigung erhalten soll? Für die AfD sei das Teil seines Mandates, für das er ohnehin gut entlohnt wird.

Aufstellungsversammlung für Bundestagswahl

Listen- und Direktkandidaten am 19. März gewählt

Die Mitglieder des gesamten Landesverbandes aus Bremen und Bremerhaven hatten am 19. März die Kandidaten für die Bundestagswahl gewählt. Frank Magnitz wurde mit

77 Prozent der anwesenden Mitglieder zum Spitzenkandidaten gewählt. Robert Teske, Landesvorsitzender der Jungen Alternative Bremen, wurde auf Listenplatz 2 gewählt. Auf

Platz 3 wählten die Mitglieder den Bremer Bürgerschaftsabgeordneten Alexander Tassis.

Hamburger Senat machte Bock zum Gärtner

DITIB seit 2012 Vertragspartner für Integration



Antichristliche Bekundungen und der Verdacht der geheimdienstlichen Tätigkeit von Mitgliedern der DITIB-Nord zeigen, dass die Organisation eine islamistische Agen-

da verfolgt. Dazu sagt der Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft **Prof. Dr. Jörn Kruse**: „Der Senat hat die Integration von Muslimen einer von Ankara kontrollierten Organisation anvertraut, deren Funktionäre türkische Nationalisten sind und offen islamistisches Gedankengut propagieren.“

Die AfD-Fraktion lehnt den Staatsvertrag auch ab, weil die ihm zugrundeliegende Annahme falsch ist, die DITIB und andere Islamverbände repräsentierten die Mehrheit

der 150.000 Hamburger Muslime. Richtig ist, dass ihnen gegenwärtig nur etwa 50 Moscheen zur Verfügung stehen, bei denen es sich vor allem um Gebetsräume handelt. Verträten die Islamverbände tatsächlich all diese Menschen, müsste jede einzelne Moscheegemeinde etwa 3.000 Mitglieder zählen. Dies ist aber nicht der Fall. Da der Hamburger Senat nach eigenen Angaben auch nicht weiß, wie die Moscheegemeinden organisiert sind bzw. wie sie ihre Ämter besetzen, kann er nicht glaubhaft machen, seine Vertragspartner gut zu kennen.“

Richter parteiunabhängig ernennen

durch parteineutrale Justizversammlung

Fundamentales Prinzip einer rechtsstaatlichen Demokratie ist die Teilung der Gewalten. Wenn alle wesentlichen Entscheidungen den in den Parlamenten vertretenen Parteien obliegen, ist diese Gewaltenteilung gefährdet. Eine solche Gefährdung droht bei zu großem Einfluss der Parteien und Legislative auf die Judikative. Deshalb hat die AfD-Fraktion den Antrag „Bei der Richterwahl Gewaltenteilung sicherstellen“ (Drucksache 21/7783) in die Bürgerschaft eingebracht.

Die Richter in Hamburg werden vom Senat auf Vorschlag des Richterwahlausschusses ernannt. In diesem sind neun von 14 Mitgliedern selbst Angehörige oder abhängig von der Exekutive oder der Legislative des Hamburger Senats. Die AfD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft fordert dagegen die Einrichtung einer Justizversammlung, in die jede juristische Vereinigung (Richterbund, Rechtsanwaltskammer, Notar-



kammer und weitere Juristenverbände) Mitglieder entsendet. Aus dieser Justizversammlung ist der Richterwahlausschuss zu wählen. So soll sichergestellt werden, dass fachlicher Sachverstand und Unabhängigkeit der Richter das entscheidende Kriterium für deren Auswahl ist und nicht parteipolitische Präferenz.

Der Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion in der Hamburgischen

Bürgerschaft **Prof. Dr. Jörn Kruse** sagt: „Die parteipolitischen Netzwerke haben über Jahrzehnte hinweg ihre Macht genutzt und die Gewaltenteilung ausgehöhlt. Die Verquickung von Justiz und Parteipolitik ist gefährlich für die Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit. Die Parteien sind bestrebt, ihre Machtpositionen im Staat zu stärken. Der Fehler steckt im System. Den Fehler sollten wir beseitigen.“

Konstruktive Oppositionsarbeit in Hessen

220 AfD-Mandatsträger in den Kommunen aktiv

Ein Jahr nach der Kommunalwahl ist die AfD in Hessen politisch fest verankert. „Rund 220 Mandatsträger leisten in Städten und Kreisen konstruktive Oppositionsarbeit und stoßen auf immer mehr Akzeptanz“, lautet das Fazit des Sprechers des Landesverbands, **Peter Münch**. Die Aufgeregtheit bezüglich der AfD hat sich bei vielen Medien und politischen Gegnern weitgehend gelegt.

Die Zahl der Parteimitglieder hat sich seit März 2016 auf 2.245 erhöht, die Zahl der Förderer ist auf 120 gestiegen, bilanziert Münch: „Die AfD findet in Hessen immer mehr Zuspruch. Wir sind mit parlamentarisch erfahrenen Politikern flächendeckend dicht am Bürger und kennen dessen Sorgen und Wünsche. Darauf können unsere Kandidaten für die Bundestagswahl 2017 aufbauen.“



Peter Münch, Landesvorsitzender AfD Hessen

AfD in Hessen 2016 drittstärkste kommunale Kraft

In Hessen wurde die AfD bei der Kommunalwahl 2016 drittstärkste politische Kraft mit 223 Abgeordnetenmandaten, davon 183 in 20 von 21 Kreistagen. Landesweit erhielten wir 11,9 Prozent der Stimmen, während CDU, SPD und Grüne deutliche Verluste hatten. In allen fünf kreisfreien Städten sind wir im Parlament vertreten. AfD-Abgeordnete werden als kompetente Gesprächs- und Diskussionspartner ernstgenommen. Immer öfter unterstützen andere Fraktionen die Anträge der AfD.

Darüber hinaus sind Funktionsträger unserer Partei in vielen Gremien vertreten. Zum Beispiel als ehrenamtliche Beigeordnete oder im Präsidium des Hessischen Städtetags. Eine AfD-Fraktion gibt es in der Regionalversammlung Südhessen. Die hessische AfD greift zudem nach Spitzenämtern bei Direktwahlen mit der Aufstellung eigener Kandidaten für die Landratswahl im Main-Kinzig-Kreis und für die Oberbürgermeisterwahl in Darmstadt.

Gewalt gegen Funktionsträger der AfD

„Wo Licht ist, ist auch Schatten“, bedauert der Landessprecher und weist auf zahlreiche Übergriffe aus der linksextremen Szene hin. Sein Auto wurde mit grüner Farbe übergossen und alle vier Reifen zerstoßen. Zeitgleich wurden die Wohnhäuser von zwei Mitgliedern des Frankfurter Kreisvorstands mit Parolen beschmiert. In Offenbach wurde das Auto der Fraktionsvorsitzenden **Christin Thüne** demoliert, die Reifen platt gemacht, der Lack zer-

kratzt und sämtliche Scheiben eingeschlagen. Es entstand Totalschaden.

Zu den Belastungen der politischen Arbeit gehören auch die Probleme beim Buchen von Versammlungsräumen. „Pächter würden gerne vermieten, machen aber einen Rückzieher, weil von unseren politischen Gegnern Druck auf sie ausgeübt wird.“

Über diesen Vandalismus, die Beleidigungen von Besuchern beim Spießbratenlauf zu AfD-Veranstaltungen oder Sachbeschädigungen werde in den Medien kaum berichtet“, kritisiert Münch.

Laut aktuellem Verfassungsschutzbericht des Landes Hessen konzentrieren sich die schätzungsweise 2.400 gewaltbereiten Linksextremisten vor allem auf die Uni-Städte Frankfurt, Marburg, Gießen und Kassel sowie das Umland. Bereits 2015 hatte es 122 Sachbeschädigungen und 150 sonstige Straftaten gegeben, zitierte Münch aus dem Jahresbericht.

Bundesweit komme es fast täglich zu Störungen, Blockaden, Sachbeschädigungen, Drohungen und Tötlichkeiten gegen die AfD und deren Repräsentanten oder Räume, in denen sie tagen will.

„Welche andere Partei in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte wird ständig derart attackiert und diffamiert wie die AfD?“, fragt Münch und ergänzt: „Welche andere Partei braucht regelmäßig derart massiven Polizeischutz, weil von politischen Gegnern und Teilen der Medien gegen sie gehetzt wird?“ Die müssten dringend ihr demokratisches Selbstverständnis und ihr Verhältnis zur politisch motivierten Gewalt auf den Prüfstand stellen“, fordert der Landesvorsitzende.

Berufsschulzentrum mit Asylbewerbern überfordert

Drogenkriminalität, Fehlstunden und religiöse Konflikte

Alleingelassen von der Landesregierung müssen sich Schulen wie das Berufsschulzentrum Nord in Wismar mit jungen Asylbewerbern herumschlagen, die offensichtlich integrationsunwillig und gefährlich sind. Dazu erklärt der asylopolitische Sprecher der AfD-Fraktion, **Enrico Komning**: „Wenn auf unseren Schulhöfen fremde religiöse Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden,

muss konsequent durchgegriffen werden. Gewalttätigkeiten sind mit einem Schulverweis zu ahnden und alle staatlichen Leistungen zu streichen.

Dass es Fälle gibt, in denen trotz 200 Fehlstunden niemand eingreift, zeigt die Hilflosigkeit der Behörden mit jungen Asylbewerbern. Es kann nicht sein, dass die Bürger für arbeits- und

lernunwillige Asylsuchende finanziell aufkommen müssen. Viele junge Asylbewerber kommen aus einer fremden Kultur, in denen deutsche Werte wenig zählen. Disziplin, Pünktlichkeit und Fleiß sind für sie oft nur Fremdworte. Zur Behebung des Fachkräftemangels taugen sie nicht. Viele werden dem Staat wohl Jahrzehnte auf der Tasche liegen.“

Steuergeldbetrug bei Arbeiterwohlfahrt

AfD-initiiertes Untersuchungsausschuss startet

Der von der AfD-Fraktion initiierte AWO-Untersuchungsausschuss hat am 20. März 2017 seine inhaltliche Arbeit aufgenommen. Der Obmann der AfD-Fraktion im Ausschuss, **Christoph Grimm**, zeigte sich zufrieden mit der ersten inhaltlichen Sitzung: „Von unseren zwölf eingereichten Anträgen für den Ausschuss wurden drei einstimmig angenom-

men. Bevor irgendwelche Zeugen geladen werden, benötigt der Ausschuss umfangreiches Aktenmaterial. Wir setzen uns für eine gründliche Sichtung des angeforderten Materials ein.“ Festhalten wird die AfD-Fraktion an ihrem Vorgehen, Hinweise der Bürger – auch anonym – zum Umgang mit Steuergeldern bei den Sozialverbänden zu sammeln. Chris-

toph Grimm: „Wenn Hinweise kommen, werden diese von uns sorgfältig geprüft und nicht sofort an den Ausschuss weitergeleitet. So ist es in den Verfahrensregeln festgelegt. Substantielle Hinweise werden, wie von allen Fraktionen beschlossen, an den Ausschussvorsitzenden zur weiteren Klärung weitergeleitet.“

150.000 Überstunden der Polizei

Landesregierung schafft lediglich 150 neue Stellen

Laut Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion haben die Landespolizeibeamten im ersten Halbjahr 2016 fast 100.000 Überstunden geleistet. Bis Ende 2015 waren 146.793 nicht abgegoltene Überstunden registriert. Dazu erklärt der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, **Nikolaus Kramer**: „Die Interessen der Polizei werden von der Landesregierung sträflich vernachlässigt. Laut Landesregierung müssten 63 Stellen geschaffen werden, um die bisherigen Überstunden abzubauen.

Nun wollen SPD und CDU die Polizei und Bürger mit 150 neuen Stellen

abspeisen. Hier manifestiert sich sicherheitspolitisches Totalversagen.

Auch im zweiten Halbjahr wird eine große Zahl an Überstunden geleistet worden sein. Durch den Wahlkampf waren die Beamten oft im Dauereinsatz. Dazu kommen die Belastung im Kampf gegen die Grenzkriminalität, organisierte Einbrecherbanden und aggressive Asylbewerber. Da ist ihnen wenig geholfen, wenn die Landesregierung beim Abbau der Überstunden von ‚strukturierten Polizeieinsätzen‘ schwadroniert. Gab es die bisher nicht? Hat die Polizei bisher nicht strukturiert gearbeitet? In Wirklichkeit hat der Innenminister keinen Plan.“



Der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion, **Prof. Dr. Ralph Weber** ergänzt: „555 neue Stellen hatte Ankündigungsminister Caffier im Wahlkampf versprochen und nun jede Glaubwürdigkeit verloren. Ausbaden dürfen es die Beamten und Bürger. Die angekündigte Ausstattung mit Bodycams und mehr Videoüberwachung ersetzen keine Polizisten aus Fleisch und Blut. Das können nur gut ausgebildete Beamte. Die Landesregierung agiert im planlosen ‚Weiter so‘-Modus.“

Landesparteitag wählte Landesvorstand

Landesvorsitzender und Stellvertreter bestätigt



Auf ihrem Landesparteitag hat die AfD Niedersachsen am Wochenende vom 25./26. März 2017 in Hannover den Landesvorstand neu gewählt. **Paul Hampel** setzte sich mit deutlicher Mehrheit gegen zwei Mitbewerber im ersten Wahlgang durch und wurde als Landesvorsitzender bestätigt. Ebenfalls im Amt bestätigt wurden seine beiden Stellvertreter

Jörn König und Wilhelm von Gottberg. Neu im Landesvorstand sind der weitere Stellvertreter, Oliver Westphal, die Schatzmeisterin Evelyn Witerzens, die Schriftführerin Melanie Hardt sowie der Wahlkampfbeauftragte Maik Schmitz. Komplettiert wird der neue niedersächsische AfD-Landesvorstand durch die gewählten Beisitzer Stephan Bothe, Heiner Reh-

nen, Rolf-Rüdiger Wandtke, Thomas Ehrhorn, der nicht mehr für das Amt des Stellvertreters kandidiert hatte, Uwe Wappler und Daniel Carl. Der Landesparteitag besetzte erstmals mit Jens Kestner die Stelle eines Generalsekretärs.

„Nun gilt es, geschlossen in die wichtigen Wahlkämpfe in Bund und Land zu ziehen. Die AfD wird den Bürgern klarmachen, dass wir die einzige politische Kraft in diesem Land sind, der es um das Wohl unseres deutschen Volkes geht“, stellte der AfD-Landesvorsitzende heraus und setzte hinzu: „Unsere Partei heißt AfD und ihre Farbe ist blau. In unserem Herzen haben wir als Patrioten aber alle unsere Heimat Deutschland und die Farben schwarz-rot-gold“.

Kita-Plätze sollten kostenlos für alle sein

Ein Siebtel der Ausgaben für Asyl reicht aus

Am 16. März 2017 stellte die AfD-Fraktion Hannover den Antrag, dass die Stadt auf sämtliche Kita-Gebühren verzichtet. Bisher mussten Eltern in Hannover 24 Millionen Euro im Jahr für die Kita-Plätze zahlen. Die AfD Hannover hatte diese Forderung in ihrem Kommunalwahlprogramm im Juni 2016 angekündigt.

Ähnliche Vorhaben wurden bisher immer mit dem Hinweis auf das „fehlende Geld“ abgelehnt. Wenn man sich jedoch vor Augen führt, dass 2015 mehr als das 7-fache, etwa 180 Millionen Euro, allein für Asylbewerber ausgegeben wurde, sollten 24 Millionen für hier geborene Kinder und deren Eltern kein Problem sein. Die AfD-Fraktion machte Vorschläge, wie die Mittel durch Kürzungen in über 60 Haushaltsspositionen bereitgestellt werden können, ohne den Haushalt zu belasten.

Dies ist ein erster Schritt, dass Steuerzahler nicht mehr mit Kita-Gebühren gegenüber anderen Bürgern für ihre Kinder finanziell bestraft werden. Durch die finanzielle Entlastung würden Berufstätige auch nicht mehr vor der Familiengründung abgeschreckt werden.

Insgesamt muss die Politik familienfreundlicher werden, damit die „Demografische Krise“ überwunden wird. Aus Gründen der Gleichberechtigung sollten einheimische Kinder künftig stärker als bisher gefördert werden. Ein leibliches oder Adoptivkind wird mit Kindergeld in Höhe von ca. 190 Euro monatlich bedacht. Für „Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge“ bekommen die Pflegefamilien eine finanzielle Unterstützung im mehrfach höheren Bereich. Bei einer gleich hohen Unterstützung für in Deutschland

geborene Kinder dürfte die Geburtenrate in unserem Land deutlich höher sein.

Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Dass trotz des immer wieder beschworenen „Reichtums“ Deutschlands die Altparteien bisher nicht in der Lage waren, Kinder angemessen zu fördern, zeigt die Bürgerferne der Etablierten. In Hannover lebt jedes 3. bis 4. Kind in Armut. Das ist das beschämende Ergebnis von 70 Jahren „sozialer“ SPD-Regierungspolitik.



Jemand hatte was gegen das Plakat

Da wurde es einfach über Nacht entfernt



Normalerweise hängt ein Plakat in Deutschland zehn oder elf Tage. Dieses Plakat in Köln hatte eine Halbwertszeit von ein paar Stunden, um dann in einer Nacht-und-Nebel-Aktion zum 17. März 2017 wie von Geisterhand zu verschwinden. Absender des Plakats war die AfD. Auf Nachfrage beim Plakatplatzvermarkter gab es als Antwort, „Anwohner“ hätten sich über das Plakat beschwert. Unter der Hand kam uns allerdings zu Ohren, dass es eine weibliche

Person gewesen sei, die ihren in der Domstadt nicht ganz unerheblichen Einfluss geltend gemacht habe. Der virtuelle „Plakat-Klau“ erfolgte übrigens ein paar Tage, nachdem Kölns Oberbürgermeisterin Reker vor dem Kölner Verwaltungsgericht eine Niederlage einstecken musste – Gegner war die AfD, wie berichtet. Zwei Tage später war das Plakat nach einem anwaltlichen Schreiben wieder zu sehen.

Mehr als 500 Besucher zum Wahlkampfauftakt

mit Pretzell, Petry, Meuthen & Reil

Mit einer großen open-air-Veranstaltung begibt die NRW AfD am 8. April 2017 den Auftakt zum Landtags-Wahlkampf 2017. In Essen, auf dem Marktplatz Altenessen, feierte die Alternative für Deutschland den Endspurt auf dem Weg in den Düsseldorf Landtag.

Die Stimmung stieg, als Marco Kloos und Freunde auf die Bühne kamen und nach bester Ballermann-Manier die Zuschauer mit schmissigen Schlager-Interpretationen zum Mitkatschen animierten. So geht Ruhrpott: Wir lassen uns die gute Laune

nicht vermiesen! Passend dazu das AfD-Flugzeug, das über dem Platz auftauchte, als der erste Redner, Guido Reil, die Bühne betrat. Nach ihm übernahm Prof. Jörg Meuthen das Mikrophon. Eine kämpferische Rede hielt nach ihm NRW-Landessprecher und Spitzenkandidat für den Landtag, Marcus Pretzell. Er rechnete ab mit der desaströsen Politik der vergangenen Jahre und versprach, mit der AfD wieder einen wertkonservativen und den Interessen des Landes und ihrer Bürger verpflichteten Kurs im Landesparlament einzufordern. Zum Abschluss der Veranstaltung er-



griff die Bundesvorsitzende Dr. Frauke Petry unter tosendem Applaus das Wort. Die Veranstaltung selbst war super gemanaged von Stefan Keuter und Team, herzlichen Dank für Euren Einsatz! „Wir rocken NRW!“ hatte Marcus Pretzell versprochen. Wir sind wir: Also los!

Doppelmoral: Kraft macht auf „sozial“

Ihr Minister schreibt 50 Einjahres-Stellen aus



Die SPD gibt gerne die Partei des „kleinen Mannes“. Aber spätestens seit Schulz ist klar, dass der Begriff „Heuchelei“ selten eine treffsichere Anwendung gefunden hat. Diese ehemals soziale Partei tut ungeniert das Gegenteil dessen, was sie verspricht. So kritisiert Ministerpräsidentin Kraft die Ausbeutung von Arbeitnehmern mit befristeten Arbeitsverträgen. Gleichzeitig hat

deren Zahl in ihrer Amtszeit deutlich zugenommen. Nun schreibt SPD-Finanzminister Walter-Borjans auch noch 50 Einjahres-Stellen aus. Die AfD NRW fordert, dass anständige Arbeit anständig bezahlt wird. Sparpläne dürfen nicht auf dem Rücken von Arbeitnehmern ausgetragen werden. Das ist eine Mindestforderung an einen gerechten Staat.

Im ländlichen Raum kleine Schulen erhalten

Ohne Schule keine Familien mit Kindern

Im Bildungsausschuss des Landtags von Rheinland-Pfalz ist die Schließung kleiner Grundschulen immer wieder ein Thema. Dazu **Joachim Paul**, bildungspolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion: „In der Diskussion um die Schließung von kleinen Grundschulen sind für uns drei Aspekte maßgebend: die Lernergebnisse der Schüler, die Zufriedenheit der Eltern und die Stärkung der ländlichen Regionen. Alle drei Aspekte liefern offenkundig keine Argumente für eine Schließung,



Deshalb fordert die AfD ein Konzept, das den ländlichen Raum für Familien attraktiv macht. Dazu gehört der Erhalt kleiner Grundschulen. Grundschulen bedeuten junges Leben und die Aussicht einer kleinen Gemeinde

auch künftig zu bestehen. In Rheinland-Pfalz droht den ländlichen Regionen eine Vernachlässigung durch die Politik. Dörfer und Kleinstädte dürfen aber nicht zu Museen werden.

Deshalb muss sich die Landesregierung für den Erhalt dieser Schulen einsetzen.“

Arbeitslosengeld Q fördert nur Bildungseinrichtungen

SPD ist von den Problemen der Arbeitenden weit entfernt

Zum „Arbeitslosengeld Q“-Konzept der SPD, äußert sich **Timo Böhme**, sozialpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion: ‚Q‘ hilft nicht den Arbeits-

suchenden, sondern bringt nur Umsatz für Bildungseinrichtungen. Statt Arbeitslose in Maßnahmen ohne Erfolgsaussicht zu drängen, müssen wir

uns um Menschen kümmern, die für ein geringes Einkommen hart arbeiten müssen und sich weiterbilden wollen.“



„Bei einem Arbeitsmarkt mit vielen unbesetzten Stellen ist eine generell ausgerichtete Weiterbildung kein Allheilmittel. Die Orientierung am Arbeitsmarkt muss entscheidend für die Ausrichtung einer beruflichen Qualifizierung sein. Geringverdiener mit niedriger Qualifikation sollten sich aus ihrem Job heraus für Weiterbildung bewerben können und Unterhaltsgeld bekommen. So begegnet man dem Fachkräftemangel, erhöht die Chancen für bessere Stellen und hilft den Interessen der Unternehmen“.

Saarbahn grenzüberschreitend bis Forbach ausbauen

Ohne Regionalbahn nach Frankreich wird Saarbrückens Handel Verlierer der Maut



Vor dem Hintergrund der beschlossenen „Maut“, die dem saarländischen Handel aller Voraussicht nach erhebliche Umsatzeinbußen bescheren wird, fordert die AfD-Saar von der künftigen Landesregierung, unverzüglich Maßnahmen zur Realisierung der Saarbahn von Saarbrücken in das ehemalige Kohlebecken von Forbach-Freyding-Merlebach in die Wege zu leiten. Der Handel in Saarbrücken kann auf die französische Kundschaft nicht mehr verzichten. Bereits

jetzt sind Straßen und Parkplätze an starken Einkaufstagen überbeansprucht. Die drohende „Maut“ wird ein Großteil der französischen Kundschaft davon abhalten, im grenznahen Bereich einzukaufen, zumal in Richtung Metz ein neues Einkaufsmegazentrum realisiert wird. Eine grenzüberschreitende Saarbahn bietet Lösungsansätze und wird Handel und Kulturaustausch forcieren. Da Planung und Bauzeit bekanntermaßen Jahre in Anspruch nehmen, ist sofortiges Handeln angesagt.

Förderschulsystem erhalten und mehr Förderschullehrer ausbilden

AfD unterstützt die Forderungen des VRB.

Die AfD unterstützt die Forderung des VRB (Verband Reale Bildung) nach einem Stopp flächendeckender Inklusion. Im Mittelpunkt aller Bildungspolitik muss das Wohl der Kinder stehen. Förderschulen sind fortschrittlich und auf die Bedürfnisse behinderter Kinder eingestellt durch entsprechende Gebäude und speziell geschulte Lehrer. Da-

her fordert die AfD das Förderschulsystem unbedingt zu erhalten und auch die Ausbildung eigener Förderschullehrer zu sichern. Die ideologisch motivierte Inklusion um jeden Preis hemmt behinderte wie nicht behinderte Schüler in ihrem Lernerfolg. Regelunterricht, Migration und Inklusion überfordern den besten Lehrer.

Unsere Glückwünsche an die Saar

AfD mit über 6 Prozent im Landtag



Der Siegeszug der AfD hat eine weitere Station erfolgreich angefahren. Die sechskommazwei Prozent im Saarland sind insofern bemerkenswert, weil nicht nur die Grünen und die Piratenpartei aus dem Landesparlament in Saarbrücken rausgeflogen sind, sondern auch die FDP deutlich gescheitert ist. Dafür sind nun **Josef Dörr**, **Lutz Hecker** und **Rudolf Müller** in den saarländischen Landtag eingezogen und haben die Aufgabe übernommen, den Welt-schön-Rednern von SPD, CDU und LINKEN den Spiegel der Realität vorzuhalten. Die AfD ist nunmehr in elf Landesparlamenten vertreten.



Josef Dörr



Lutz Hecker



Rudolf Müller

Steigende Pensionsrückstellungen beim MDR

2015 ein Plus von 20 Prozent auf 370 Mio Euro

Wofür bezahlen wir Fernsehgebühren? Eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion (Drs. 6/8782) erbrachte, dass ein großer Teil der zwangs-GEZahlten Beträge in Ruhestandsgelder fließt. Beim MDR sind die Ruhegehälter seit 2005 um rund 240 Millionen Euro gestiegen. Dazu erklärt die medien-politische Sprecherin der AfD-Fraktion **Dr. Kirsten**

Muster: „Die Mitarbeiter in den Funkhäusern des MDR sind keine Beamten und gehören nicht zum öffentlichen Dienst. Die Pensionsrückstellungen steigen stetig und werden von den Bürgern finanziert. Viele Beitragszahler, wie Krankenpfleger, Dachdecker oder Tankstellenpersonal können von solchen Altersbezügen nur träumen. Der

öffentliche Rundfunk hat sich von der Lebenswirklichkeit entfernt und wird seinem Bildungsauftrag nicht gerecht. Seit 2013 fordert die AfD eine grundlegende Reform und die Abschaffung des Rundfunkzwangsbeitrages. Die Zahlen zeigen, dass die Rundfunkanstalten nicht gewillt sind, kostenbewusst zu arbeiten.“



Energiewende lässt die Bürger im Dunkeln stehen

Bei Nacht und Flaute sind Solar- und Windkraft sinnlos



Eine Dunkelflaute im Januar 2017 lies deutschlandweit 26.000 Windkraft- und 1.2 Millionen Solaranla-

gen als Energielieferanten ausfallen. Mitte Januar betrug der Energiebedarf am Tag 83 Gigawatt. Solar- und Windkraft lieferten knapp 3 GW. Kohle-, Gas- und Atomkraft sicherten 90 Prozent des Bedarfs.

Dazu erklärt der umwelt- und energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion, **Jörg Urban:** „Bei Dunkelheit und Flaute sind Solar- und Windkraftanlagen sinnlos, solange keine Stromspeicher in Sicht sind. Wirtschaft und Bürger ächzen un-

ter immer höheren Strompreisen. Die von den Klimaschutzverfechtern verpönten Kohle-, Gas- und Atomkraftwerke sind auch künftig unverzichtbarer Bestandteil einer gesicherten Energieversorgung. Deutschlands Energiewende-Aktionismus wird nicht die weltweiten CO2-Emmissionen ändern oder das Weltklima verbessern, sondern nur unsere Geldbeutel belasten.“

Enquête-Kommission „Stärkung der Demokratie“

Altparteien sperren Bürger von den Sitzungen aus



Anfang März 2017 trat die von der AfD-Fraktion geforderte Enquête-Kommission „Stärkung der Demokratie“ zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Ziel ist es, verbindliche Handlungsempfehlungen für den

Landtag zu erarbeiten, um Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie auf Kommunal- und Landesebene zu stärken. „Die AfD-Fraktion hat diese Kommission durchgesetzt, weil entgegen den Absichtserklärungen der Kenia-Koalition eine Stärkung der direkten Demokratie in Sachsen-Anhalt nicht absehbar ist. Nun zeigt sich gleich in der konstituierenden Sitzung, dass die Altparteien kein Interesse an echter Teilhabe unserer Bürger an demokratischen Entscheidungsprozessen zeigen.

Ein Ausschuss für mehr direkte Demokratie sollte öffentlich tagen. Dies haben die Altparteien abgelehnt. Nicht einmal die erste Arbeitssitzung am 12. Mai können wir unter Beteiligung der Bürger abhalten. Das ist ein Armutszeugnis und schürt die Politikverdrossenheit in unserem Land! Wer möchte, dass Bürger in demokratische Prozesse eingebunden werden, darf nicht hinter verschlossenen Türen tagen“, sagt der AfD-Abgeordnete **Robert Farle**, der zum stellvertretenden Vorsitzenden der Enquête-Kommission berufen wurde.

Regierung missachtet windenergetisches Nutzungsrecht

Jede 3. Windanlage steht auf nicht ausgewiesenem Gebiet

Im Rahmen des sogenannten „Repowering“ will Sachsen-Anhalt technisch veraltete Windenergieanlagen durch leistungsstärkere ersetzen. Auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion (KA 7/465) offenbart das grüne Umweltministerium allerdings eklatante Fehler bei der Umsetzung. **Hannes Loth**, Sprecher für Landwirtschaft, Forsten und Energie der AfD-Fraktion, sagt: „Die AfD hat auf effiziente Weise das geschafft, was die ‚Interministerielle Arbeitsgruppe‘ (IMAG) des Landwirtschafts- und Umweltministeriums in ihrem mehr als dreimonatigen Wirken nicht geschafft hat: eine datenbasierte Arbeitsgrundlage darzulegen.“

Die Ergebnisse sind bezeichnend: Ein Drittel, genau 955, Windanlagen stehen auf nicht ausgewiesenen Gebieten. Die Landesregierung verstößt gegen windenergetisches Nutzungsrecht. Für den Neubau von Windanlagen fehlen rechtssichere Windvorranggebiete. Zudem frage ich mich, wie die Landesregierung eine Maßnahme umsetzen will, deren Basisdaten sie offensichtlich nicht ermitteln kann. Ein ‚Repowering‘ darf nur in planungsrechtlich ausgewiesenen Regionen stattfinden.“ Die AfD-Fraktion fordert den sofortigen Stopp neuer Windenergieanlagen. Die 955 Windanlagen außerhalb der Regionalen Entwicklungspläne müssen abgebaut werden.

AfD Sachsen-Anhalt für Einführung von Bodycams

2016 wurden 1.500 Polizisten Opfer einer Straftat

Die Straftaten gegen die Polizei in Sachsen-Anhalt im Jahr 2016 sind im Vergleich zum Vorjahr um 20 Prozent gestiegen. Auch die Zahl verletzter Beamter durch Gewalthandlungen hat zugenommen. Dazu sagt **Hagen Kohl**, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion: „Die Zahlen sind brisant, da sich je nach Einsatzlage die Verletztenzahlen im Vergleich zu 2014 verdoppelt bis verdreifacht haben. Die Beamten werden nicht nur im Streifendienst verletzt, sondern auch bei Einsätzen auf Sportveranstaltungen und bei häuslicher Gewalt. Neben der personellen Unterbesetzung kommt ein schleichender Autoritätsverlust der Polizei hinzu: Respektloses Verhalten von Störern hat häufig keine Konsequenzen.“

Die AfD ist für die Einführung von Bodycams. Studien belegen die deeskalierende Wirkung dieser „Kameras am Körper“ auf das aggressive Verhalten von Personen. Gleiches gilt für die Änderung des § 114 StGB, wonach tätliche Angriffe auf Vollstreckungsbeamte schon bei allgemeinen ‚Diensthandlungen‘ strafbar sind. Damit sollen Richter ein Instrument haben, um rechtswidrige Handlungen gegen Polizisten wirksam sanktionieren zu können. Zudem ist die personelle und materielle Ausstattung der Polizei zu verbessern. Das Gewaltmonopol des Staates muss im Sinne der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aufrechterhalten werden.

Ministerin redet von Integration, fördert Indoktrination

Türkische Eltern sollten ihre Kinder in deutsche Schulen schicken

Von Integration reden, aber Indoktrination fördern: Das ist die Politik von Bildungsministerin Britta Ernst (SPD). Sie ermöglicht es türkischen Eltern, ihre Kinder von der Schulpflicht auszunehmen und türkischen Konsultslehrern zum Unterricht zu übergeben. Dass dabei nicht nur die Muttersprache der Eltern gelehrt wird, hat die Gewerkschaft GEW in Nordrhein-Westfalen herausgefunden. Sie spricht von „türkisch-nationalistischen“ Inhalten, mit denen die Kinder auf Linie gebracht werden.

Volker Schnurrbusch, bildungs-politischer Sprecher der AfD Schleswig-Holstein, kommentiert:

„Türkischunterricht ist das Einfallstor für die Herausbildung einer islamischen und türkischen Identität unter tätiger Mithilfe der Bildungsministerin: Damit kontrariert die SPD-Politikerin Ernst jeden hehren Anspruch auf gute Integration. Präsident Erdogan baut die Türkei zu einem repressiven, islamischen Staat ohne Meinungs- und Pressefreiheit um. Es ist beschämend genug, dass die Bundesregierung mit



ihrer Kritik an dieser bedrohlichen Entwicklung hinter dem Berg hält. Was Ministerin Ernst unter Täuschung der Öffentlichkeit betreibt, ist ein Skandal.“

AfD mit Kurs auf Kiel

Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein

Mit dem Leitspruch „Klar zur Wende!“ geht die AfD Schleswig-Holstein in den Landtagswahlkampf 2017. Spitzenkandidat **Jörg Nobis** steht als nautischer Offizier für Weitsicht und Genauigkeit. Er hat als Seemann die Weltmeere bereist und alle Kontinente betreten. Nun übernimmt er das Ruder in Schleswig-Holstein als Nr. 1 der Landesliste.

In der Tradition der AfD-Kampagnen „Mut zur Wahrheit“ und „Mut zu Deutschland“ steht nun „Mut zwischen den Meeren“ auf den blau in blau gehaltenen Plakaten der jungen Partei. Mit den Kernthemen Sicherheit, Einwanderung, Asyl und Integration sowie Bildung, Familie, Infrastruktur und Energie will die AfD auch den Wählern in Schleswig-Holstein eine echte Alternative im



politischen Spektrum bieten. Denn die bisherigen Aussagen der etablierten Parteien lassen erkennen, dass die Unterschiede zwischen ihren Positionen nur geringfügig sind.

Wie sehr die AfD bereits in die politische Landschaft hineinwirkt, erkennt man der Übernahme von zahlreichen Forderungen durch die

Altparteien. Daher ist es nur konsequent, wenn auf den aktuellen Plakaten für die Landtagswahl ein Stempel prangt, der die AfD als „Das Original“ ausweist. Denn ob Eurokrise, EU-Reform oder Einwanderungschaos – die AfD wurde stets für ihre Positionen gescholten, nur um am Ende Recht zu behalten.

Unterrichtsausfall in Thüringen auf Rekordniveau

Wir brauchen beschleunigte Einstellungsverfahren für Lehrer

Tausende Lehrer scheiden in den nächsten Jahren aus Altersgründen aus dem Thüringer Schuldienst aus. An den Schulen herrscht eklatanter Lehrermangel, der sich in einem Unterrichtsausfall auf Rekordniveau zeigt. Mit unserem Antrag möchte die AfD-Fraktion den Lehrerberuf attraktiver gestalten und künftig die Stellenbesetzung sicherstellen. Dazu sagt **Wiebke Muhsal**, bildungspolitische Fraktionssprecherin: „Die Einstellung von Personal im Bildungsbereich fällt der Landesregierung zunehmend schwer. Freie Stellen im Schuldienst können in cir-

ca einem Drittel der Fälle nur nach erfolgten Stellenwandlungen besetzt werden, was aber zu keiner Verbesserung



rung der Unterrichtserfüllung führt. Um Referendare und Lehrer für eine Tätigkeit im Freistaat Thüringen begeistern zu können, muss das Ein-

stellungsverfahren gestrafft und auf Interessenten persönlicher als bisher zugewandt werden. Außerdem muss eine Anstellung zum nächstmöglichen Termin sichergestellt werden, um Bewerbern eine etwaige Arbeitslosigkeit zu ersparen. Die Vergütung von Lehrern sollte an das Niveau der Nachbarbundesländer angepasst werden. Eine Landprämie soll die Besetzung der Stellen in den kleinen Schulen im ländlichen Bereich sicherstellen. Daneben sollen Lehrer durch Verwaltungsassistenten von bürokratischen Hürden entlastet werden.

11-Punkte-Landesprogramm der AfD

Zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung



Der Ärztemangel im ländlichen Raum bleibt eines der drängendsten Probleme der Gesundheitspolitik. Laut Bedarfsplanung fehlen in Thüringen 56 Hausärzte. In der Realität ist die Zahl jedoch mehr als dreifach so hoch. Die AfD-Fraktion stellt deswegen das „11-Punkte-Landesprogramm zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung“ vor. Da nur ein Bruchteil der Absolventen in Thüringen bleibt, soll zukünftig heimatverbundenen Studenten, die ihr soziales Umfeld in Thüringen haben, sicher ein Platz an der

FSU Jena zur Verfügung stehen. Die Zeit, die sich Studienbewerber verpflichten, im ländlichen Raum zu arbeiten, kann ihnen außerdem auf die Wartesemester angerechnet werden. Tätig werden könnten die Mediziner in neu einzurichtenden kommunalen medizinischen Versorgungszentren und Eigeneinrichtungen der Kassenärztlichen Vereinigung. Darüber hinaus besitzt das Land seit den letzten Gesundheitsreformen ein Mitspracherecht in der Bedarfsplanung und kann die Krankenhäuser stärker für die ambulante Versorgung

öffnen. Dazu **Corinna Herold**, gesundheitspolitische Sprecherin der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag: „Gerade einmal zehn Prozent der Absolventen der Facharzttrichtung Allgemeinmedizin lassen sich nieder. Es müssen neue Wege gefunden werden, um die Ärzte zur Facharztweiterbildung und zur ärztlichen Tätigkeit zu bewegen. Dazu gehört nicht nur eine Verdreifachung des Thüringen-Stipendiums, sondern auch die Möglichkeit der Anstellung in kommunalen medizinischen Versorgungszentren.“

Hintergrundinformation über das Thema „Unterstützer-Unterschriften für Bundestagswahl“

Bei einer jungen Partei wie der AfD stellt sich immer wieder die Frage, inwiefern Unterstützer-Unterschriften notwendig sind, damit die Partei überhaupt an einer Wahl teilnehmen kann. Letztendlich kann dazu nur der Bundes- bzw. ein Landeswahlausschuss eine verbindliche Antwort geben.

Im Folgenden finden Sie die gesetzlichen Grundlagen für die Zulassung einer Partei zur Wahl.

Ob Unterschriften für die Bundestagswahlbeteiligung (§ 18 Absatz 2 BWG), Landeslisten (§ 27 BWahlG) und Kreiswahlvorschläge (§ 20 BWahlG) gesammelt werden müssen, ergibt sich in Verbindung mit § 18 Abs. 2 BWahlG:

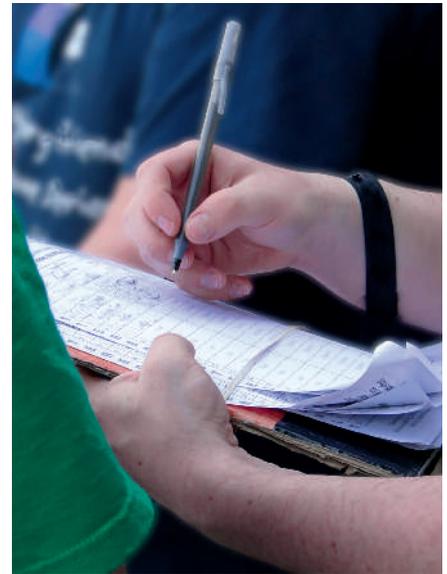
Auszug: Parteien, die im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht auf Grund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren, können als solche einen Wahlvorschlag nur einreichen, wenn sie spätestens

am siebenundneunzigsten Tage vor der Wahl bis 18 Uhr dem Bundeswahlleiter ihre Beteiligung an der Wahl schriftlich angezeigt haben und der Bundeswahlausschuss ihre Parteieigenschaft festgestellt hat.

Die Feststellung, ob eine Partei gemäß § 18 Absatz 2 Bundeswahlgesetz (BWG) im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl auf Grund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten war, trifft gemäß § 18 Absatz 4 Nummer 1 BWG der Bundeswahlausschuss spätestens am 79. Tag vor der Wahl. Dieser Feststellung wird daher seitens des Bundeswahlleiters nicht vorgegriffen.

Nach Kenntnisstand des Bundeswahlleiters würde die AfD, Stand 5. April 2017, die Voraussetzungen des § 18 Absatz 2 BWG erfüllen, da die AfD eine „etablierte“ Partei ist.

Maßgeblich ist jedoch ausschließlich die Sach- und Rechtslage zum Zeit-



punkt der Entscheidung des Bundeswahlausschusses.

Das heißt, so lange die AfD in mindestens einem der derzeit 9 Landtage/Bürgerschaften/Abgeordnetenhaus Berlin (Bremen fällt mit nur einem Abgeordneten weg) weiter ununterbrochen seit der Wahl bis zum Tag der Entscheidung mit mindestens 5 Abgeordneten vertreten ist, müssen keine Unterschriften gesammelt werden.

Bildnachweis

Titel nFree; CCo-PublicDomain-Pixabay-comfreak; S.1 CCo-Pixabay-taxicologne; CCo-Pixabay-591360; S. 2 Ossenbrink; S. 7 nFree; GWortmann(2); AfD-Fotos; S. 8 Flak; vGronow; S. 9 nFree; S. 10 yaruttta-123RF; S.11 AfD; nFree; CCo-PublicDomain-Pixabay-comfreak; S. 12 K. Meier; S. 13 nFree; S. 14 violettkaipaa-123RF; CCo-Pixabay-MikeBird; anddreyopopov-123RF; S. 15 AfD-Bayern; alexraths-123RF; S. 16 MR; RGlaeser; S. 17 CCo-PublicDomain-ar-30405-Pixabay; AfD Brandenburg; style-photographs-123RF; S.19CCO-Pixabay-geralt; andreyuu-123RF; S. 20 AfD Hessen; S. 22 AfD NDS; pozniakov-123RF; S. 23 TK; linielux-123RF; S. 24 bwylezich-123RF; convisum-123RF; S. 25 sangoiri-123RF; Iloveotto-123RF; AfD Saar; S. 26 meinzahn-123RF; CCo PublicDomain-Pixabay-Seagul; S. 27 6kor3dos-123RF S. 28; nito500-123RF; CCo PublicDomain-Pixabay-jotbe; S. 29 alexraths-123RF; CCo PublicDomain-Pixabay-geralt; S. 30 cascoly2-123RF

Impressum

„AfD Kompakt“ ist das Mitgliedermagazin der Alternative für Deutschland

V.i.S.d.P.:

Alternative für Deutschland (AfD)
vertreten durch den Bundesvorstand,
dieser vertreten durch die Bundessprecher:
Dr. Frauke Petry und Prof. Dr. Jörg Meuthen

erreichbar über die Bundesgeschäftsstelle wie folgt:

Postanschrift: Schillstraße 9, 10785 Berlin
Telefonzentrale: +49 (30) 2 20 56 96 - 0
Faxnummer: +49 (30) 2 20 56 96 - 29
Zentrale E-Mail: bgs@alternativ fuer.de

Adressen der AfD-Landesverbände

AfD Baden-Württemberg

Landesgeschäftsstelle
Postfach 70054
70574 Stuttgart
geschaefsstelle@afd-bw.de
Tel.: (0711) 726 05 40

AfD Bayern

Landesverband
Fasanenstraße 68, 82008 Unterhaching
geschaefsstelle@afdbayern.de
Tel.: (089) 30 64 75 68

AfD Berlin

Landesgeschäftsstelle
Kurfürstenstraße 79, 10787 Berlin
lgs@afd.berlin
Telefon: (030) 220 56 96 22

AfD Brandenburg

Landesgeschäftsstelle
Schopenhauerstr. 27, 14467 Potsdam
kontakt@afd-brandenburg.de

AfD Bremerhaven

Alternative für Deutschland
Bremerhaven
Postfach 29 01 52
27531 Bremerhaven
afd-brhv@ewe.net

AfD Hamburg

Landesverband
Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg
info@afd-hamburg.de
Tel.: (0151) 56 21 81 68

AfD Hessen

Landesgeschäftsstelle
Wasserweg 4, 60594 Frankfurt am Main
info@afd-hessen.de
Tel.: (069) 87 20 92 22

AfD Mecklenburg-Vorpommern

Landesgeschäftsstelle
Woldegker Straße 27,
17033 Neubrandenburg
info@afd-mv.de
Tel.: (0395) 36 96 73 12

AfD Niedersachsen

Landesgeschäftsstelle
Postfach 1109
21355 Bardowick
niedersachsen@afd-nds.de
Tel.: (04131) 603 01 90

AfD Nordrhein-Westfalen

Landesgeschäftsstelle
Münsterstraße 306, 40470 Düsseldorf
geschaefsstelle@afd.nrw
Tel.: (0211) 54 55 89 50

AfD Rheinland-Pfalz

Landesgeschäftsstelle
Schusterstraße 22, 55116 Mainz
info@alternative-rlp.de
Tel.: (06131) 486 48 10

AfD Saarland

Landesgeschäftsstelle
In der Galgendell 53, 66117 Saarbrücken
info@afdsaarland.de

AfD Sachsen

Landesgeschäftsstelle
Ostraallee 35, 01067 Dresden
kontaktformular@afdsachsen.de
Tel.: (0351) 65 67 64 33

AfD Sachsen-Anhalt

Landesgeschäftsstelle
Schönebecker Str. 11-13,
39104 Magdeburg
geschaefsstelle@afdsachsen.de
Tel.: (0391) 40 59 69 72

AfD Schleswig-Holstein

Landesgeschäftsstelle
Walkerdamm 1, 24103 Kiel
geschaefsstelle@afd-schleswig-holstein.de
Tel.: (0431) 38 55 00 10

AfD Thüringen

Landesgeschäftsstelle
Alte Chaussee 87 / Haus 12
99097 Erfurt-Waltersleben
geschaefsstelle@afd-thueringen.de
Tel.: (0361) 341 968 65

Zu den Internetauftritten unserer
Landesverbände gelangen Sie über
[www.alternativefuer.de/partei/
landesverbaende](http://www.alternativefuer.de/partei/landesverbaende)

„AfD Kompakt“ im Internet:

Webseite: www.afdkompakt.de

Facebook: [www.facebook.com/
afdkompakt](https://www.facebook.com/afdkompakt)

Twitter:

www.twitter.com/afdkompakt

Youtube: www.afdkompakt.tv

Adressen der AfD-Fraktionen in den Landesparlamenten

AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Württemberg
presse@afd.landtag-bw.de
Tel.: (0711) 20 63 56 05

AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

Niederkirchner Str. 5, 10117 Berlin
info@afd-fraktion.berlin
Tel.: (030) 23 25 - 26 21

AfD-Fraktion im Brandenburgischen Landtag

Alter Markt 1, 14467 Potsdam
info@afd-fraktion-brandenburg.de
Tel.: (0331) 966 18 00

AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

Schmiedestr. 2, 20095 Hamburg
info@afd-fraktion.hamburg.de
Tel.: (040) 428 31 - 25 18

AfD-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Lennéstr. 1 (Schloss), 19053 Schwerin
kontakt@afd-fraktion-mv.de
Tel.: (0385) 525 - 17 00

AfD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz

Kaiser-Friedrich-Str. 3, 55116 Mainz
presse@afd.landtag.rlp.de

AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
info@afd-fraktion-sachsen.de
Tel.: (0351) 493 42 22

AfD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg
info@afdfraktion-lsa.de
Tel.: (0391) 560 60 01

AfD-Fraktion im Thüringer Landtag

Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt
poststelle@landtag.thueringen.de
Tel.: (0361) 377 24 53

26 Jahre SPD, jetzt AfD.

Guido Reil

*„Ich bin dabei,
weil die SPD die Interessen
der kleinen Leute
nicht mehr vertritt.“*

jetztAfD.de

Alternative
für
Deutschland

IHRE SPENDE HILFT

Spenden per Überweisung

Alternative für Deutschland
Bankinstitut: Berliner Volksbank e. G.
IBAN: DE94 1009 0000 2661 2620 20
BIC: BEVODEBB

Spenden per PayPal

<https://www.alternativefuer.de/mitwirken/geld-spenden/>

Spenden per Telefon

Telefon 09001 09 2017
Rufen Sie einfach vom Festnetz aus an, und es werden
von Ihrer nächsten Telefonrechnung automatisch
10 Euro abgebucht.

Plakate spenden

<https://www.alternativefuer.de/plakate-spenden/>

REDAKTION UND KONTAKT

Alternative für Deutschland/Bundesgeschäftsstelle
Abt. Parteikommunikation/Redaktion „AfD Kompakt“
Schillstraße 9, 10785 Berlin
Tel: +49 (30) 2 20 56 96- 61
Fax: +49 (30) 2 20 56 96- 69
E-Mail: afdkompakt@alternativefuer.de

Mitgliederverwaltung
Tel: +49 (30) 2 20 56 96- 77, Fax: +49 (30) 2 20 56 96- 78
E-Mail: mit@alternativefuer.de

Internet: www.afdkompakt.de, www.alternativefuer.de
Facebook: www.facebook.com/alternativefuerde
www.facebook.com/afdkompakt
Twitter: www.twitter.com/afd_bund, www.twitter.com/afdkompakt
Youtube: www.afdkompakt.tv

